



Sozialkonferenz 2018

Themen, Ergebnisse und
Perspektiven

© iStock.com/skynesher

www.aachen.de

stadt aachen



Impressum

Herausgeber

Stadt Aachen
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Hackländerstraße 1
52064 Aachen
Tel.: 0241 432-56301
wohnen-soziales-integration@mail.aachen.de

Verfasser

Dr. Markus Baum
Dr. Marius Otto

Kostenloser Download

www.aachen.de – Suchbegriff:
Sozialkonferenz 2018

Copyright

Alle Rechte bleiben vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung sind nur auszugsweise mit Quellenangabe bei Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotos

Schmitter Fotografie / Andreas Schmitter

Stand: November 2018

© **Stadt Aachen**

Inhalt

Vorwort	4
I. Konferenzkonzept	5
II. Begrüßung durch Oberbürgermeister Marcel Philipp	8
III. Aktuelle Herausforderungen der sozialen Stadtentwicklung	9
IV. Einführung: Sozialentwicklung in Aachen – Mehr als nur Zahlen	10
V. Dokumentation der Workshops	14
1. Kernthema „Facetten von Armut in Aachen“	15
1. Auswirkung von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Daten der Schuleingangs- untersuchung als Informationsquelle für die Armutsfolgenprävention	15
2. Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und Handlungsmöglichkeiten	18
3. Arm trotz Arbeit: Erwerbsarmut in Aachen.....	23
2. Kernthema „Bildung, Arbeit, Qualifizierung und Teilhabe“	26
4. Jugendpartizipation vor Ort – Haltung, Handlung und Herausforderungen	26
5. Lebenslanges Lernen: Niederschwellige Erwachsenenbildung als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.....	29
6. Teilhabe und Digitalisierung: Chancen und Grenzen der neuen Welt	31
3. Kernthema „Wohnraum für alle“	33
7. Wohnraum für alle? Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Handlungsinstrumente	33
8. Innovative Wohnformen: Nische oder Motor der Quartiersentwicklung?	36
4. Kernthema „Demographischer Wandel: älter, bunter und weniger?!“	40
9. Sozialräumliche Perspektive auf die Altenarbeit: Gut und gerne älter werden im Quartier	40
10. Soziale Durchmischung: Erfolgsgarant für eine soziale Quartiersentwicklung?	43
VI. Ausblick	45

Vorwort

Am 07.09. fand unter der Beteiligung von 270 Personen die dritte Sozialkonferenz der Stadt Aachen im Eurogress statt. Zahlreiche Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Fachressorts sind an diesem Tag zusammengekommen, um über die Sozialentwicklung in Aachen und neue Impulse für die Planung und Praxis „von morgen“ zu diskutieren. Ich freue mich sehr über die Strahlkraft der diesjährigen Sozialkonferenz, die es geschafft hat, dass nicht nur die bereits bestehenden Netzwerke und Arbeitsgruppen ins Gespräch kamen, sondern ein Queraustausch zwischen verschiedenen Themen wie Wohnen, Gesundheit, Partizipation, Demographie oder Arbeitsmarkt erzielt werden konnte. Die Sozialkonferenz gab allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit, mit Akteuren anderer Fachressorts ins Gespräch zu kommen, über den „inhaltlichen“ Tellerrand hinaus zu schauen und die aktuellen Trends der Sozialentwicklung sowie neue Planungsansätze zu diskutieren.

Die diesjährige Sozialkonferenz wurde nach 2009 und 2012 in einem ganz neuen Format durchgeführt. Dieses neue Format lebt in erster Linie von einer stärkeren Öffnung der Konferenz nach außen. Anstatt lediglich die Aachener Expertinnen und Experten zusammenzubringen, wurden bei der diesjährigen Sozialkonferenz externe Referentinnen und Referenten als Impulsgeber eingeladen, um neue Anregungen aus anderen Kommunen bzw. aus aktuellen Forschungen zu erhalten. Wichtig war, dass wir eine gute Mischung bei den Einzelthemen erzielen konnten. Es wurden einerseits sehr drängende und viel diskutierte Themen aufbereitet, wie der Aachener Wohnungsmarkt oder die Themen „Armut trotz Arbeit“ und „Digitalisierung“. Andererseits wurden nicht so stark im Fokus der Öffentlichkeit stehende Themen wie die Jugendpartizipation behandelt, um auch hier neue Impulse setzen und die Themen in der breiten Fachöffentlichkeit bekannter machen zu können.

Bedanken möchte ich mich bei den vielen engagierten Personen, die zum Erfolg der Konferenz beigetragen haben. Denn die Konferenz ist in einem breiten partizipativen Verfahren konzipiert und durchgeführt worden. Inhaltlich vorbereitet wurde die Konferenz durch ein breit aufgestelltes Vorbereitungsgremium, bestehend aus diversen Fachbereichen der Stadt Aachen, der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, Vertreterinnen und Vertretern der StädteRegion Aachen, dem Jobcenter sowie der Polizei. Die Einbindung eines derart großen Akteurskreises gewährleistete, dass viele unterschiedliche Ideen und Interessen bereits im Konferenzkonzept mit berücksichtigt werden konnten. Mit Leben gefüllt wurden die einzelnen Workshops der Konferenz dann durch die zahlreichen Moderationsteams, die häufig gemischt aus Akteuren der Verwaltung und der Wohlfahrtsverbände zusammengesetzt waren.

In diesem Tagungsband finden Sie nun alle wichtigen Erkenntnisse und Ergebnisse der Konferenz. Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die regen Diskussionen. Ich sehe die Sozialkonferenz als einen wichtigen Meilenstein der Kooperation an, in dem die vielen Herausforderungen und Aktionsfelder der Sozialentwicklung zusammengeführt und integriert betrachtet werden. Ich lade Sie ein, die vielfältigen Anregungen und Ideen in Ihre Arbeitsnetzwerke zu transportieren und hier weiterzuentwickeln. Im Rahmen der Sozialplanung ist die Sozialkonferenz der Startschuss für die Erarbeitung des neuen Sozialentwicklungsplans, der die inhaltlichen Erkenntnisse der Konferenz verarbeiten und in Zusammenhang mit der Statistik bringen wird. Der neue Sozialentwicklungsplan wird durch diesen Prozess der Einbettung qualitativer Informationen eine neue und differenzierte Planungsgrundlage darstellen.

M. Sicking

Prof. Dr. Manfred Sicking

Beigeordneter Wirtschaftsförderung, Wohnen und Soziales

I. Konferenzkonzept

Die Stadtgesellschaft steht immer wieder vor der vielfältigen Aufgabe des Wandels. Der Demographische Wandel und der damit einhergehende Alterungsprozess der Bevölkerung sind längst in der städtischen Gesellschaft in Aachen angekommen. Darüber hinaus steht gegenwärtig die Frage einer sozialgerechten Stadt im Fokus der Debatten. Konfrontiert mit Armutspänomenen, mit der Herausforderung der Wohnraumversorgung, aber auch der Teilhabefrage im Zuge des digitalen Wandels wird zunehmend von einer sozialen Ungleichheit in der Bevölkerung gesprochen. Es stellt sich die Frage, wo genau die Herausforderungen dieser sozialen Ungleichheit liegen und ob die zahlreichen Bemühungen in den sozialen Unterstützungssystemen in diesem Zusammenhang auch in Zukunft noch die richtigen Akzente setzen können. Es gilt zu überlegen, welche gesellschaftlichen Trends derzeit zu beobachten sind und wie Negativtrends auf der kommunalen Ebene nachhaltig und vorbeugend entgegengewirkt werden kann. Der kontinuierliche fachliche Austausch und der Blick auf die Entwicklungen „von morgen“ sind daher unabdingbar, um eine vorausschauende und effiziente Planung zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund stellt die Sozialkonferenz ein Fachforum dar, im Rahmen dessen Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Politik und Verbänden mit ihren Mitgliedervereinen über die gesamtstädtische Sozialentwicklung sowie neue Impulse für die Planung und alltägliche Arbeit diskutieren können. Die Konferenz verfolgt dabei zwei Hauptziele:

- 1) Zum einen ist die Konferenz als **Fachforum** dafür da, sich organisations- und themenübergreifend auszutauschen sowie neue Impulse für die Planung und alltägliche Arbeit zu gewinnen. Zum Beispiel kamen Wohnungsmarktextperten zusammen mit Fachleuten aus der Armutsbekämpfung oder der Altenplanung.
- 2) Zum anderen ist die Sozialkonferenz eine Art **Innovations- und Querdenkerpool**. Zu fast allen diskutierten Themen wurden externe Gäste eingeladen. Diese kamen aus Praxis und Wissenschaft und stellten Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen sowie aktuelle Forschungen vor. Neue Impulse für die alltägliche Arbeit und Anregungen für Projekte und Maßnahmen sollen daraus entstehen. Die dritte Sozialkonferenz war bewusst nicht als „Maßnahmenfabrik“, sondern als Fach- und Innovationsplattform konzipiert.

Thematisch deckte die dritte Sozialkonferenz die Kernthemen „Armut“, „Bildung, Arbeit, Qualifizierung und Teilhabe“, „Wohnen“ und „Demographischer Wandel“ ab. Zu allen Kernthemen gab es verschiedene Fachworkshops in kleineren Gruppen, wo letztlich auch der fachliche Austausch stattgefunden hat. Die Übersicht zum Ablauf der Konferenz ist der folgenden Grafik zu entnehmen:



© iStock.com/skynesher

3. Sozialkonferenz

Programm & Workshops

Programm

- 11.00 Uhr** **Anmeldung und Get-together**
11.30 Uhr **Begrüßung durch Oberbürgermeister Marcel Philipp**
Impuls
Aktuelle Herausforderungen der sozialen Stadtentwicklung
Dr. Norbert Gestring, Carl von Ossietzky, Universität Oldenburg
Einführung
Sozialentwicklung in Aachen – Mehr als nur Zahlen
Dr. Marius Otto, Sozialplanung Stadt Aachen
- 12.30 Uhr** **Workshop-Phase I**
14.00 Uhr **Mittagspause**
15.00 Uhr **Workshop-Phase II**
16.45 Uhr **Ausklang und Ausblick**

Moderation: Prof. Dr. Norbert Frieters-Reermann, Katholische Hochschule Aachen

www.aachen.de



Raum **Workshops**

Themenfeld: Facetten von Armut

- K3 1. Auswirkung von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Daten der Schuleingangsuntersuchung als Informationsquelle für die Armutsfolgenprävention
Moderation: Nassim Navvabi (AWO), Annette Tiltmann und Diana Wittmann (Stadt Aachen)
Impuls: Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung, Bochum)
- K2 2. Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und Handlungsmöglichkeiten
Moderation: Merete Menze (Der Paritätische), Dr. Marius Otto (Stadt Aachen), Antje Rüter (StädteRegion Aachen)
Impuls: Prof. Dr. Antonio Brettschneider (IMOS, Technische Hochschule Köln)
- K9 3. Arm trotz Arbeit: Erwerbsarmut in Aachen
Moderation: Iris Kreuzer (Stadt Aachen), Christian Neuß (Jobcenter StädteRegion Aachen)
Impuls: Helge Baumann (Hans-Böckler-Stiftung)
Interviewrunde: Stefan Graaf (Jobcenter StädteRegion Aachen), Ralf Woelk (DGB-Region NRW Süd-West)

Themenfeld: Bildung, Arbeit, Qualifizierung und Teilhabe

- K7 4. Jugendpartizipation vor Ort – Haltung, Handlung und Herausforderungen
Moderation: Theresa Linkhorst (VHS Aachen), Ines Alberding (StädteRegion Aachen)
Impuls: Christian Brüninghoff (Landesjugendring NRW)
- K4 5. Lebenslanges Lernen: Niederschwellige Erwachsenenbildung als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe
Moderation: Dr. Beate Blüggel und Wiebke Eilts (VHS Aachen)
Impuls: Kai Sterzenbach (Lernende Region – Netzwerk Köln e. V.)
- K5 6. Teilhabe und Digitalisierung: Chancen und Grenzen der neuen Welt
Moderation: Sybille Keupen (Bleiberger Fabrik), Andreas Balsliemke (VHS Eschweiler)
Impuls: Joachim Sucker (Agentur allesauszucker, Innovationsbegleitung in der digitalisierten Gesellschaft)

Themenfeld: Wohnen und Wohnumfeld

- Tagungs-
treff 7. Wohnraum für alle? Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Handlungsinstrumente
Moderation: Dana Duikers und Christoph Kemperdick (Stadt Aachen)
Impuls: Dr. Egbert Dransfeld (Institut für Bodenmanagement)
Interviewrunde mit Wohnungsmarkexperten
- K8 8. Innovative Wohnformen: Nische oder Motor der Quartiersentwicklung?
Moderation: Claudia Bosseler und Angelika Hildersperger (Stadt Aachen)
Impuls: Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold (Deutsches Institut für Urbanistik)

Themenfeld: Demographischer Wandel

- K1 9. Sozialräumliche Perspektive auf die Altenarbeit: Gut und gerne älter werden im Quartier
Moderation: Marion Bergk (Quartier 55 plus am Westpark), Marianne Kuckelkorn (AWO)
- K6 10. Soziale Durchmischung: Erfolgsgarant für eine soziale Quartiersentwicklung?
Moderation: Dr. Markus Baum, Lena Hackenbruch und Sophia Marquardt (Stadt Aachen)
Impuls: Dr. Stefanie Föbker und Daniela Imani (Geographisches Institut, Universität Bonn)

II. Begrüßung durch Oberbürgermeister Marcel Philipp

Oberbürgermeister Marcel Philipp eröffnete mit einem Grußwort die dritte Sozialkonferenz. Er begrüßte die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Aachen, aber auch die zahlreichen auswärtigen Gäste, die als Impulsgeber bei der Konferenz aktiv waren. Durch die breite Teilnehmerschaft waren bei der Konferenz viele unterschiedliche Fachresorts rund um die Themen der Sozial-, Stadt- und Wohnraumentwicklung vertreten, was für Oberbürgermeister Philipp eine hervorragende Möglichkeit darstellte, einen umfassenden Blick auf das Thema „Sozialentwicklung“ und die drängenden gesellschaftlichen und sozialen Themen zu werfen. Aktiv an dem Tag waren Vertreterinnen und Vertreter der politischen Fraktionen, der kommunalen und städteregionalen Verwaltung, der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Mitglieder verschiedener Vereine und Initiativen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Fachhochschulen und der RWTH Aachen. Oberbürgermeister Philipp betonte in seinem Grußwort daher auch die Bedeutung der Konferenz als Fach- und Austauschforum für die zunehmende Kooperation und Verzahnung von Praxis, Planung und Wissenschaft am Standort Aachen.



III. Aktuelle Herausforderungen der sozialen Stadtentwicklung

Impulsvortrag von Dr. Norbert Gestring

Inhaltlich wurde die Sozialkonferenz durch einen Vortrag des Sozialwissenschaftlers Dr. Norbert Gestring (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) eingeleitet¹. Herr Gestring hat eine besondere Expertise in den Themenfeldern „Stadtentwicklung“ und „Sozialstruktur von Städten“. In seinem Vortrag hob Gestring zwei empirisch gut belegbare Momente hervor, die gegenwärtig die sozialen Prozesse in den Städten beeinflussen:

1. Die Ausdifferenzierung von Lebensformen und -stilen („Die Gesellschaft wird heterogener“)
2. Die Zuwanderung („verstärkt den Prozess der Ausdifferenzierung“)

Anschließend diskutierte Herr Dr. Gestring drei Prozesse, die er als Gefährdung der heutigen „sozialen Stadt“ sieht:

- a) ein verfehlerter Umgang mit wachsender sozial-kultureller Vielfalt
- b) die wachsende soziale Ungleichheit (Armut und Polarisierung)
- c) Politik der Ökonomisierung und Privatisierung (insb. in der Wohnungspolitik)

Ausgehend von dieser Skizze an Herausforderungen formulierte Gestring Vorschläge, wie das Zusammenleben in der sozialen Stadt gelingen kann:

- Stabilisierung und Verbesserung der Wohnbedingungen in benachteiligten Quartieren
- Stärkung der marktfernen Segmente des Wohnungsmarkts
- a) Ausdifferenzierung der sozialen Infrastruktur angesichts der Pluralisierung von Lebensformen und -stilen
- b) bei gleichzeitiger sozio-ökonomischer Integration, sodass für alle der Zugang zu den Kernbereichen der gesellschaftlichen Teilhabe (Bildung, Arbeit, Wohnen etc.) gewährleistet ist.

Der Vortrag von Dr. Gestring stellte die sozialwissenschaftliche Grundlage für den anschließenden Blick auf Aachens Sozialstruktur dar.



¹ Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/Impuls_Gestring.pdf

IV. Einführung: Sozialentwicklung in Aachen – Mehr als nur Zahlen

Einführung in die Konferenz durch Dr. Marius Otto, Sozialplaner der Stadt Aachen

Der zweite Vortrag im Plenum wurde von Dr. Marius Otto, Sozialplaner der Stadt Aachen, gehalten. In seinem Impuls erläuterte Marius Otto die wichtigsten Trends der sozialen Stadtentwicklung in Aachen und hob die Notwendigkeit der integrierten Planung hervor. Der Vortrag ist im Nachgang verschriftlicht worden und auf den nächsten Seiten festgehalten:

Soziale Ungleichheit – und dies vielleicht erst einmal ganz neutral gedacht – ist für Aachen als Universitäts- und Forschungsstadt ein ganz wesentliches Kennzeichen². Die Hochschulen vor Ort verzeichnen derzeit ein hohes Wachstum an Studierenden, die zwar nicht alle in Aachen wohnen, aber die Stadt deutlich prägen. Mit dem aufstrebenden Hochschulsektor ist auch der Zuzug zahlreicher hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Aachen verbunden. Im Bereich von Studium und wissenschaftlicher Tätigkeit dominiert dabei die zeitliche Befristung, was auch zu einer starken Fluktuation, also zu einer Art „Kommen“ und „Gehen“ in der Stadt führt. In dieser und auch in anderen wissensintensiven Branchen dominiert zudem die Flexibilisierung von Arbeits- und Präsenzzeiten; es gibt viele Studierende und Arbeitnehmer in Aachen, die z. B. nur ein paar Tage in der Woche oder entsprechend der Semesterstruktur in der Stadt präsent sind. Es gibt somit auch viele „Aachener auf Zeit“ und damit auch eine „Integration auf Zeit“. Gleichzeitig ist die Zahl der Auspendler in Aachen in den letzten Jahren gestiegen, was Ausdruck dessen ist, dass sich die Lebenswelten der Menschen räumlich ausdehnen. Pendeln und die Ausdifferenzierung von Arbeitswelten werden immer mehr zum Zeitfaktor. Dies hat häufig Auswirkungen auf die Struktur der Freizeit, was für das lokale Vereinsleben oder das bürgerschaftliche Engagement große Auswirkungen hat.

Demographische Veränderungsprozesse führen dazu, dass wir nicht mehr vom klassischen Haushalts- oder Familienbild in Aachen ausgehen können. Eine Unterteilung in spezielle Zielgruppen und die restliche „normale Bevölkerung“ macht vor diesem Hintergrund keinen Sinn. Typisch für Großstädte ist die Dominanz der Ein-Personen-Haushalte – auch in Aachen sind es mittlerweile über 50%. Zudem haben lediglich ca. 15% der Haushalte in Aachen Kinder, was besonders deutlich macht, dass das klassische Familienbild der Vergangenheit angehört. Dafür liegt der Anteil der Generation 65+ bei fast einem Fünftel. Die ältere Bevölkerung ist dabei genauso vom Trend der Heterogenisierung und Ausdifferenzierung der Lebensstile geprägt wie alle anderen Altersgruppen auch.

Soziale Ungleichheit ist auch mit sozio-ökonomischer Polarisierung verbunden. Etwa jedes fünfte Kind ist in Aachen auf Sozialgeld angewiesen. Dieser Indikator hat besondere Bedeutung, denn im Kindesalter beginnt die Biographie eines jeden Menschen und die Rahmenbedingungen in dieser Lebensphase beeinflussen maßgeblich die weitere Entwicklung. Startschwierigkeiten durch materielle Armut oder die Konzentration von multiplen Problemlagen (Ge-

² Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/Einfuehrung_Otto.pdf

sundheit, sprachliche Entwicklung, soziale Kontakte) haben Auswirkungen auf die gesamte weitere Biographie. Kinderarmut in all ihren Facetten ist in Aachen genauso ein Thema, wie verfestigte Armutsstrukturen entlang familiärer Biographien (Armutsspiralen), Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut. Die andere Seite des Wandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft bringt eben auch eine Zunahme von Niedriglohnjobs und Befristungen mit. Ein Arbeitsplatz garantiert heute nicht unbedingt ein „gutes“ Einkommen (Phänomen der sog. working poor).



Abb.: Kerndaten zu Aachens Sozialentwicklung
 Quelle: eigene Darstellung (Icons designed by Freepik from Flaticon)

Soziale Ungleichheit hat immer eine räumliche Komponente. Diese ist kein neues Phänomen der heutigen Stadtstruktur, sondern gehörte schon immer zur sozialen Stadtentwicklung dazu. Es gibt demographische Veränderungen, die eine Gesamtstadt betreffen (z. B. Alterung). Es gibt aber auch Veränderungsprozesse oder spezifische Herausforderungen, die sich in einzelnen Stadtvierteln besonders konzentrieren und damit zu einem räumlich abgrenzbaren Phänomen werden. Nehmen wir das Armutsthema, und hier speziell die Quote der Sozialgeldempfänger unter 15 Jahren, sehen wir eine besondere Konzentration von Kinderarmut in einzelnen Stadtvierteln Aachens. Das viel diskutierte Auseinandergehen der sozialen Schere bekommt plötzlich eine räumliche Dimension – das ist in diesem Fall Ausdruck einer sozialen Segregation. In Aachen gilt übrigens wie in vielen Großstädten Deutschlands: Die sozio-ökonomische Segregation nach Einkommen bzw. nach dem ökonomischen Status ist, was die Zahlen betrifft, die große Herausforderung unserer Stadtgesellschaft und weniger die ethnische Segregation nach Nationalitäten.

Wie es zu einer sozio-ökonomischen Segregation kommt, ist leicht zu erklären. Natürlich hat Segregation etwas mit der Geschichte und Lagequalität von Stadtvierteln zu tun („es gibt solche und solche Ecken“; Unterschied zwischen klassischen gewerbenahen „Arbeitervierteln“ und „Villenvierteln“ in grünen Stadtrandlagen). Segregation wird jedoch nicht allein durch ein historisches Erbe besiegelt, sondern kontinuierlich und maßgeblich durch den Wohnungsmarkt gesteuert. Menschen wählen in der Regel ihren Wohnstandort durch Beantwortung zweier Fragen aus: „Wo will ich wohnen? Und was kann ich mir leisten?“ – zumindest im Idealfall. Ein Teil der Bevölkerung kann allerdings aufgrund finanzieller Einschränkungen nicht nach Lagequalitäten wählen, sondern muss die „bezahlbaren Reste“ ausfindig

machen. Am angespannten Aachener Wohnungsmarkt kommen alle im Vorfeld genannten Gruppen mit ihren Bedarfen zusammen: Die Studierenden, die älteren Menschen, aber auch die jungen Familien, die vielleicht irgendwann mehr Platz brauchen. Günstige Mieten sind dabei nicht über den gesamten städtischen Raum gleichverteilt, sondern konzentrieren sich historisch bedingt und aufgrund von Lagequalitäten bzw. von wohnungspolitischen Strategien in bestimmten Lagen. Dies führt entsprechend auch zu einer Konzentration von ärmeren Haushalten in bestimmten Quartieren.



Insgesamt ist die Segregation ein Teil der Entwicklung von Städten – fast schon Routine. Sie wird aber zu einem großen Problem, wenn die Konzentration von Multi-Problemlagen in einzelnen Stadtvierteln hoch ist, wenn sich also Armutsspiralen bilden, wo Armut ein ganzes soziales Umfeld und somit ganz deutlich die Wahrnehmung der eigenen Handlungsmöglichkeiten prägt. Und vor allem dann, wenn aus der räumlichen Konzentration Stigmata entstehen und ein Armutslabel geschaffen wird. Aus armen Haushalten in Quartieren werden dann „arme Quartiere“.

Es stellt sich die Frage, was unsere Stellschrauben auf der Ebene der Kommune sind, angesichts der Tatsache, dass wir eigentlich die grundlegenden Fakten (Höhe von Sozialleistungen/Einkommen) und das grundlegende Problem des Wohnungsmarktes nur in Ansätzen beeinflussen können. Es gibt meiner Meinung nach eine ganz entscheidende Stellschraube, die zu einer ausgleichenden Stadtentwicklung beitragen kann. Denn die große Gefahr ist eine „doppelte“ Benachteiligung von Stadtvierteln. Diese entsteht, wenn ressourcenschwache soziale Milieus bzw. arme Haushalte in ressourcenarmen Vierteln wohnen³. Eine solche Konstellation führt zwangsläufig dazu, dass Räume vom Rest der Stadt „abgekoppelt“ werden und kollektive Muster von Unzufriedenheit entstehen – nicht nur mit der eigenen Lage, sondern auch mit dem räumlich-sozialen Umfeld. In diesen Fällen ist die Infrastruktur in und das Erscheinungsbild von Quartieren ein Spiegelbild einer sozialen Struktur vor Ort. In solchen Konstellationen werden die Haushalte als Gewinner gezählt, die wegziehen und in ein anderes, besseres Quartier umziehen können.

Damit es nicht zu einer solchen doppelten Benachteiligung kommt, ist auf eine (bedarfs-) gerechte Infrastrukturverteilung zu achten. Und hier sind wir auf kommunaler Ebene sehr wohl handlungsfähig. Gerecht heißt dabei nicht gleichverteilt, sondern nach den Bedürfnissen passgenau entwickelt. Gute Betreuungseinrichtungen, Schulen, Beratungsstellen, Treffmöglichkeiten und Stadtteilbüros als tägliche Versorgungsinfrastruktur und Anlaufstellen vor Ort, aber auch die städtebauliche Qualität sowie die verkehrliche Anbindung sind entscheidende Faktoren, damit Quartiere in ihrer Funktion gestärkt sind und lebenswert bleiben. Hier unternehmen wir als Stadt mit Großprojekten wie „Soziale Stadt“ oder den Integrierten Stadtentwicklungskonzepten schon umfangreiche, integrierte Maßnahmen. Es ist

³ vgl. hierzu: Schnur, O. u. A. Becker (2018): Quartiersforschung und Quartierspolitik. Perspektiven in Deutschland und Europa. In: Geographische Rundschau Band: 70, H. 6, S. 40-45.

gut, dass die verschiedenen Fachlichkeiten (z. B. Bildung, Arbeitsmarkt, Kinder- und Jugendförderung, Altenarbeit, Stadtplanung) in diesen Großmaßnahmen zusammenkommen. Zudem werden finanzielle und personelle Ressourcen zunehmend sozialraum- und damit bedarfsorientiert eingesetzt. Dies gilt sowohl für die Angebote der Kommune als auch für die Angebote der Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Diese Ansätze müssen unbedingt weiterverfolgt werden. Ebenfalls sollte die Abstimmung bei Förderprojekten und parallel stattfindenden Maßnahmen weiter optimiert werden. Denn fest steht: Die Soziostruktur der Bevölkerung, die Infrastruktur vor Ort und die Repräsentation eines jeden Stadtteils (also das, wofür ein Stadtteil steht) stehen in einem engen Zusammenhang.

Chancengleichheit im Fall der bereitgestellten Ressourcen und Infrastrukturen ist übrigens gesamtstädtisch zu sehen und bezieht sich nicht nur auf Stadtviertel mit den viel diskutierten besonderen Herausforderungen. Jedes Fragment der Stadt muss in seiner eigenen Logik und seinen spezifischen Bedarfen erfasst werden und berücksichtigt werden. Größere Entwicklungen und Neugestaltungen in einzelnen Stadtquartieren sind dabei eine große Herausforderung im Spannungsfeld von sozialen und stadtplanerischen sowie städtebaulichen Aspekten. Zwischen neuen Akzenten, Aufwertungen, Verbesserungen und Stabilisierungen muss eine gute Balance gefunden werden. Die Arbeit für und mit den Menschen vor Ort ist genauso wichtig wie die Attraktivitätssteigerungen der Räume an sich.

Der integrierte Blick auf unsere einzelnen Stadtviertel und das Zusammenkommen verschiedener Fachrichtungen bei der Ausgestaltung der Infrastrukturgerechtigkeit – so wie wir es heute bei der Konferenz erleben – sind damit unabdingbar, um den vielfältigen Herausforderungen unserer Stadtgesellschaft begegnen zu können.

Die Bedeutung des über „den Tellerrand hinaus Schauens“ ist dabei so entscheidend, weil auch die Herausforderungen und Potentiale der derzeitigen und zukünftigen sozialen Stadtentwicklung über verschiedene Bereiche gehen und Muster von organisatorischen Zuständigkeiten bzw. Logiken durchbrechen. Werden einzelne Bausteine betrachtet, die eine Lebensqualität in der Stadt ausmachen, wie z. B. Wohnqualität, Architektur, Mobilität, Freizeit und Erholung, Arbeitsmarkt, Gemeinwesen und kulturelle Angebote, wird schnell ersichtlich, dass sich diese großen Themen zusammengenommen nicht aus einem Blickwinkel entwickeln lassen. Das Gesamtkonstrukt (soziale) Stadt wird aber an einer Stelle integriert wahrgenommen: nämlich durch die in der Stadt arbeitenden und lebenden Menschen.

Lebensqualität bezieht sich weiterhin auf materielle und immaterielle Lebenslagen. Wir müssen selbstverständlich Antworten auf die Fragen von relativer und materieller Armut finden, was allerdings nicht allein auf kommunaler Ebene möglich ist. In der Verknüpfung von materiellen und immateriellen Lebenslagen könnte aber „Teilhabe“ einer der Schlüsselbegriffe am heutigen Tag sein – in all seinen unterschiedlichen Facetten. Denn hier ergeben sich durchaus viele Ansätze und Handlungsfelder auf unserer Ebene. Zur Teilhabe gehören die Förderung von lebendigen Wohnvierteln und Nachbarschaften, der Abbau von Barrieren unterschiedlicher Art und die Schaffung von Raum für das Mitwirken und Mitgestalten.

In einem deutschen, recht wohlhabenden Großstadtviertel haben sich zuletzt Bürgerinnen und Bürger zusammengesetzt, um einen Buchladen vor Ort zu subventionieren. Dies sind die sogenannten Extrainvestitionen vor Ort⁴, die durch bürgerschaftliches Engagement erfolgen, wenn der Markt „versagt“. Was vielleicht als Luxusproblem beschrieben werden könnte, ist in Wahrheit ein Paradebeispiel für das Mitwirken und Mitgestalten. Teilhabe fängt bei diesem Buchladen-Projekt an und hört bei einem Kaffee im gemeinsamen Nachbarschaftsgarten auf. Auf allen Ebenen ist sie unbedingt zu fördern.

Die (bedarfs-) gerechte Quartiers- und Infrastrukturentwicklung und die Verbesserung materieller und immaterieller Lebenslagen brauchen einen integrierten Blick auf die zentralen Themen der Sozialentwicklung. Die Sozialkonferenz schafft Raum für einen fachübergreifenden Austausch und kreiert als Innovations- und Querdenkerpool Impulse und Anregungen für die Planungsprozesse und die alltägliche Arbeit vor Ort.

⁴ vgl. hierzu: H. Bude (2018): Das Gefüge der Stadt. Über Kosmopoliten, Tribalisten und Migranten. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, H. 2/2018, S. 58-62.

V. Dokumentation der Workshops

Im Folgenden sind die wesentlichen Erkenntnisse aus den einzelnen Workshops beschrieben. Die Workshops-Struktur sieht dabei wie folgt aus:

Themenfeld: Facetten von Armut

1. Auswirkung von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Daten der Schuleingangsuntersuchung als Informationsquelle für die Armutsfolgenprävention
2. Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und Handlungsmöglichkeiten
3. Armut trotz Arbeit: Erwerbsarmut in Aachen

Themenfeld: Bildung, Arbeit, Qualifizierung und Teilhabe

4. Jugendpartizipation vor Ort – Haltung, Handlungen und Herausforderungen
5. Lebenslanges Lernen: Niederschwellige Erwachsenenbildung als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe
6. Teilhabe und Digitalisierung: Chancen und Grenzen der neuen Welt

Themenfeld: Wohnen und Wohnumfeld

7. Wohnraum für alle? Chancen und Grenzen kommunaler Handlungsinstrumente
8. Innovative Wohnformen: Nische oder Motor der Quartiersentwicklung?

Themenfeld: Demographischer Wandel

9. Sozialräumliche Perspektive auf die Altenarbeit: Gut und gerne älter werden im Quartier
10. Soziale Durchmischung: Erfolgsgarant für eine soziale Quartiersentwicklung?

Kernthema „Facetten von Armut in Aachen“

1. Auswirkung von Armut auf die Entwicklung von Kindern – Daten der Schuleingangsuntersuchung als Informationsquelle für die Armutsfolgenprävention

Der Workshop wurde von **Annette Tiltmann** und **Diana Wittmann (beide Stadt Aachen)** moderiert. Zu Beginn gaben die beiden Moderatorinnen, die auch gleichzeitig in der Stadt Aachen für die Entwicklung der Präventionskette zuständig sind, einen Input zum Armutspräventionskonzept der Stadt Aachen.

Der Aachener Ansatz will das Regelsystem, KiTa und Grundschule, stärken. Hier werden primärpräventiv alle Kinder und alle Eltern erreicht. Ziel ist die Zusammenführung von Bildung und Erziehung der Kinder mit den Angeboten von Beratung und Hilfe für die Eltern. KiTa und Grundschulen sind „Orte des Vertrauens“ mit einem familienunterstützenden Netzwerk im Stadtteil. Ein Elterncafé in KiTa und Schule ermöglicht niederschwellige Zugänge zum sozialen Netzwerk. Denn je nach Bedarf können sich andere Fachdienste / Institutionen (Jobcenter, Erziehungsberatung, Allgemeiner Sozialer Dienst, Schuldnerberatung, Kinderarzt, Gesundheitsamt, Sportverein.....) im Elterncafé dazu „gesellen“. Ohne eine verpflichtende Terminabsprache oder Namensnennung stehen sie für ein Gespräch zur Verfügung. Mit dem Vertrauen von Schule im Rücken, wird Eltern das Unterstützungssystem nähergebracht. Insbesondere werden Eltern erreicht, die bisher wenig vom Unterstützungssystem profitiert haben.

Soweit das Konzept. Aber entspricht es auch der Wirklichkeit? Die Stadt Aachen (Frau Wittmann) hat eine Evaluation der Elterncafés in KiTas durchgeführt und die Ergebnisse im Workshop präsentiert. Sie wollte wissen, wie der Bestand an Elterncafés in KiTas aussieht und welche Wirkungen erzielt werden. Ca. 60% der KiTas führen ein Elterncafé oder ein ähnliches Format durch.

Die Wirkungen zeigen sich in den Bereichen:

- mehr Bildung für Eltern und Kinder
- ein gutes Miteinander von Eltern, Kindern und der Institution
- mehr Partizipation und Beteiligung von Eltern
- eine bessere Kommunikation in der Institution

Nach dieser Präsentation gelang der „Blick über den Tellerrand“. **Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung Bochum, Familiengerechte Kommune e.V.)** gab einen Impulsvortrag zum Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern⁵.

Frau Jehles beschrieb, welche Kinder besonders von Armut betroffen sind. Und zwar sind es Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben (64 %), die nur bei ihrer Mutter aufwachsen (60%) und diejenigen, die einen Migrationshintergrund haben (40%).

Sie erläuterte Fakten über den monatlichen Regelsatz für Kinder unter 6 Jahren. Für ein Wickelkind beispielsweise stehen Hygieneartikel im Wert von 7,21€ zur Verfügung. Eine Packung Pampers, 34 Stück, kostet bereits 7,95€. Das ist nicht bedarfsdeckend, das wissen alle Eltern, und ein sehr enges Budget stellt für die Eltern einen Stressfaktor dar. Da die Zusammensetzung des Regelsatzes Bundesangelegenheit ist, kann sie von Seiten der Kommune nicht verändert werden.

Eine kommunale „Stellschraube“ für ein gutes Aufwachsen von Kindern ist die Förderung von Bildung und Teilhabe.

⁵ Beide Vorträge sind unter diesem Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/familie/aachener_buendnis_familien/kinder_im_mittelpunkt_kim/09_vortraege_sozialkonferenz.html

Anhand der Analyse der Schuleingangsuntersuchung der Stadt Mülheim zeigte Frau Jehles drei wesentliche Faktoren, die gutes Aufwachsen nachhaltig fördern:

- Mitgliedschaft im Sportverein
- unter 3-jähriger Kita-Beginn und
- eine gute sozialgemischte Kita / analog kompensatorische Maßnahmen

Am Beispiel „unzureichender Deutschkenntnisse“ führte sie aus, dass sich bei den Kindern folgende Merkmale auswirken:

1. Migrationshintergrund,
2. unterdurchschnittlich gebildete Eltern,
3. Sozialgeldbezug,
4. Ü4 Kita-Beginn und
5. eine unterdurchschnittlicher Sozialstruktur der KiTa

Liegen diese Merkmale vor, liegt die Wahrscheinlichkeit von unzureichenden Deutschkenntnissen bei 75%. Werden die o.g. Faktoren, die gutes Aufwachsen fördern, berücksichtigt, sinkt die Wahrscheinlichkeit von unterdurchschnittlichen Deutschkenntnissen auf 29%.

Das zeigt die Einflussmöglichkeiten der Kommune. Das heißt, die Mitgliedschaft in Sportvereinen zu fördern, einen U3 Kitabeginn anzuregen (besonders bei Eltern mit unterdurchschnittlicher Bildung) und für gute sozialgemischte Kitas zu sorgen. Falls letzteres nicht möglich ist, sind kompensatorische Maßnahmen zu ergreifen.

Zentrale Herausforderungen

Im Rahmen der Diskussion im Plenum konnten einige zentrale und aktuelle Herausforderungen der Kinderarmut benannt werden. Besonders diskutiert wurde das Thema der Bildungs- und Teilhabepakete (BUT) sowie dessen Abwicklung. Das BUT stellt eine wichtige Unterstützungsleistung für bedürftige Familien dar. Mit den Leistungen im Rahmen von BUT werden Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen gefördert. Es handelt sich um zweckgebundene Leistungen in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit, Mittagessen, Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerfahrtkosten und Lernförderung. Die Förderung ist vor allem zur Erhöhung der Teilhabechancen ausgelegt. Allerdings – und dies stellt eine Hürde dar – müssen die Leistungen im Einzelfall durch die Eltern beantragt und damit abgerufen werden. Die Problemlage im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme ist hier vielfältig. Diskutiert wurde, dass es den Betroffenen an Ansprechpersonen – zum Beispiel im Jobcenter – fehle. Zugleich sei die Beantragung der BUT für die Betroffenen sowie helfende Institutionen umständlich und langwierig. Es wurde von Wartezeiten beim Essensgeld von bis zu 9 Monaten berichtet. Darüber hinaus decke das BUT viele spezifische Bedarfe (z. B. Ballettunterricht, Musikinstrumente etc.) nicht ab.

Zentrale Thesen

Um die BUT-spezifischen Defizite hinsichtlich der Kostenübernahme auszugleichen, können die Mittel für KiTa Plus verstärkt werden. Umfassender wäre jedoch der Paradigmenwechsel, eine Kindergrundsicherung bundesweit einzuführen. Zu solch einem umfassenden Wandel kann auch die im Workshop genannte Stärkung der Strukturförderung für offene Kinder- und Jugendarbeit (bspw. kostenfreie Angebote in OTs) gezählt werden.

Das Quartiersmanagement und die Stadtteilkonferenzen vor Ort können als gut vernetzte Akteure dabei behilflich sein, Stimmen aus dem Stadtteil in die Verwaltungsprozesse zu tragen und gleichzeitig Angebote für bedürftige Familien bekannt zu machen.

Die Informationsgrundlage zum BUT ist niedrighschwelliger zu gestalten. Hier kommt dem Fallmanagement die Rolle der Vermittlung wesentlicher Antragsinhalte zu. Auch ist – so eine weitere These – das Abrechnungssystem des BUT zu verbessern. Zudem ist die Schnittstelle zwischen KiTas, Offenen Ganztagschulen (OGS) und dem Jobcenter zu optimieren, damit die Einrichtungen und Institutionen in begründeten Fällen in den Dialog treten können. Das BUT Abrechnungssystem muss leichter werden und darf nicht, wie im Moment, kostbare Zeitressourcen der Mitarbeiter kosten und letztendlich zu weniger Inanspruchnahme führen. Die Stadt Hamm hat gezeigt, dass sich eine Digitalisierung des Abrechnungssystems auf die Inanspruchnahme positiv auswirkt.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen

Über die einzelnen, konkret auf Aachen bezogenen, Themen hinaus wurde die Stadt Hamm als Stadt mit Vorbildcharakter im Umgang von Bildung und Teilhabe genannt. Insbesondere wurde vorgeschlagen, das hier etablierte digitale Abrechnungssystem beim BUT auf die Anwendbarkeit in Aachen zu überprüfen. Dies soll nun angegangen werden.

Die Koordinatoren der Präventionskette schlagen vor, den Transfer zu überprüfen und als Maßnahme im Kontext der Landesinitiative der kommunalen Präventionsketten aufzunehmen. Somit würde durch die Umsetzung die Einbindung der Steuerungsgruppe, des Verwaltungsvorstandes und eines Ratsbeschlusses befördert.

2. Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und Handlungsmöglichkeiten

Der Workshop wurde von **Merete Menze (Der Paritätische)**, **Dr. Marius Otto (Stadt Aachen)** und **Antje Rüter (StädteRegion Aachen)** moderiert. Der Impulsvortrag wurde von **Prof. Dr. Antonio Brettschneider (Technische Hochschule Köln)** zum Thema „Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und (kommunale) Handlungsmöglichkeiten“ gehalten⁶.

Zentrale Herausforderungen und zentrale Thesen:

Der Workshop ist mit einer Kartenabfrage gestartet, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Assoziationen zum Themenfeld benennen konnten. Interessanterweise zeigte sich bei dieser Abfrage bereits, wie breit das Thema „Altersarmut“ wahrgenommen wird: Neben der materiellen Armut wurden auch die Themen „Einsamkeit und Teilhabe“, „Mobilität im Alter“, „passender Wohnraum“, „Pflege“ und „soziale Netzwerke“ mit ihren verschiedenen Facetten aufgeführt:



Inhaltlich wurde der Workshop eingeleitet mit einem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Antonio Brettschneider von der TH Köln. Herr Prof. Dr. Brettschneider ist Experte für die Themen „Rentenpolitik“ und „(Alters-)Armut“. In seinem Vortrag ist Herr Prof. Dr. Brettschneider auf die Hintergründe der Altersarmut in Deutschland eingegangen (aktuelle Perspektive) und hat die Risikogruppen mit Blick in die Zukunft (Prognose) bewertet. Dabei gab der Referent auch qualitative Einblicke in die Lebenswelten betroffener Personen.

Herr Brettschneider hat zunächst verschiedene Ansätze zur Definition von Armut und Bedürftigkeit und die Altersarmut innerhalb des sozialstaatlichen Mindestsicherungskonzepts eingeordnet. Besonders eingegangen ist der Referent auf die Grundsicherung im Alter als Teil der Sozialhilfe (SGB XII) für Menschen, die im Alter ein so geringes Einkommen oder Vermögen haben, dass es für den Lebensunterhalt nicht (ganz) ausreicht. Hintergrund ist häufig ein in der Erwerbsphase in begrenztem Umfang erworbener Rentenanspruch.

Der Anteil der Personen, die Grundsicherung im Alter beziehen, fällt bundesweit, aber auch in Aachen gering aus – besonders im Vergleich zu Quoten im SGB II-Bereich. Herr Brettschneider erklärt dies mit der Tatsache, dass diese Leistung nicht automatisch erfolgt, sondern durch die Betroffenen beantragt werden muss. Da die Dunkelziffer hoch ist, kann die Grundsicherungsquote nur ein Anhaltspunkt bei der Frage nach dem Ausmaß der Altersarmut sein. Herr Brettschneider berichtet von älteren Menschen, die die Leistung aus Schamgefühl nicht in Anspruch nehmen, die Grundsicherung nicht kennen oder von falschen Annahmen ausgehen. Beispielsweise fürchten manche Leistungs-

⁶ Der Vortrag ist unter diesem Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W2_Praesentation-1_Antonio-Brettschneider.pdf

berechtigten, dass die zuständige Behörde zunächst auf die Kinder zugehen könnte, wobei es bei der Grundsicherung keinen Unterhaltsrückgriff auf Kinder gibt, solange das jeweilige Einkommen 100.000 Euro brutto im Jahr nicht übersteigt. Aus diesem Grund sieht Herr Brettschneider noch einen Aufklärungsbedarf bei der Grundsicherung und sieht alle relevanten Akteure in der Pflicht, die Inanspruchnahme zu erhöhen.

Im Zusammenhang mit den Risiken der Altersarmut hat Herr Brettschneider zunächst das derzeitige Rentensystem erläutert. Zentrale Kernaussage war hierbei, dass Personen, die heute weniger als 2/3 des Durchschnittseinkommens, also weniger als 2.000 Euro Brutto/Monat verdienen, auch bei „vollen“ 45 Arbeitsjahren es kaum schaffen, ein Einkommen über der Höhe der Grundsicherung im Alter zu erzielen. Lange Arbeitsphasen im Niedriglohnbereich garantieren kein ausreichendes Einkommen im Alter. An dieser Stelle ist die Verknüpfung dieses Themenfeldes mit dem Parallel-Workshop „Arm trotz Arbeit“ besonders deutlich geworden. Häufig – so der Referent – führe auch die falsche Wohnraumsituation zu einer Verschärfung des Armutproblems. Denn manche der Betroffenen wohnen in Wohnungen, deren Miete die maximal finanzierte Summe durch die Behörde (Kosten der Unterkunft) übersteigt. Dies hat dann zur Folge, dass die Betroffenen den fehlenden Betrag aus ihrer Grundsicherung finanzieren. Für die anderen Bedarfe bleibt dann weniger Geld übrig.

Was die Risikogruppen von Altersarmut betrifft, konnte Herr Brettschneider generelle Trends erklären. Altersarmut ist vor allem ein (groß-)städtisches Phänomen. Zudem wird deutlich, dass zu den gegenwärtigen Risikogruppen Migrantinnen und Migranten, „familienorientierte“ Frauen mit nur kurzer oder fehlender Erwerbsbiographie, ehemalige Selbstständige und sogenannte „komplex diskontinuierliche“, also mehrfachbelastete Personen gehören. Letztere sind Personen, bei denen beispielsweise lange Arbeitslosigkeit mit gesundheitlichen Problemen oder anderen Schwierigkeiten (z. B. Sucht) zusammenkommen. Für die Zukunft sieht Herr Brettschneider in der Gruppe der derzeitigen Langzeitarbeitslosen und langjährigen Geringverdienern bedeutende Risikogruppen. Darüber hinaus benennt der Referent zahlreiche weitere Einflussfaktoren im Zusammenhang mit dem Risiko der Altersarmut, die in der folgenden Tabelle zusammengefasst sind:

Erwerbsbiografie	Familienbiografie	Gesundheitsbiografie
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Langzeitarbeitslosigkeit ▪ Langjähriger Niedrigverdienst ▪ Langjährige geringfügige Besch. ▪ Nicht vers.-pfl. Selbstständigkeit ▪ Schattenwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinderbedingte Unterbrechungen ▪ Angehörigenpflege ▪ Trennung/Scheidung ▪ Verwitwung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erwerbsminderung ▪ Behinderung ▪ Unfall ▪ Chronische Erkrankung ▪ Psychische Probleme
Bildungsbiografie	Migrationsbiografie	Vorsorgebiografie
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fehlender Schulabschluss ▪ Ausbildungslosigkeit /-abbruch ▪ Dequalifikationsprozesse 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Später Zuzug ▪ Aufenthaltsrechtliche Probleme ▪ Allgem. Integrationsprobleme 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mangelndes Wissen ▪ Mangelnde Vorsorgefähigkeit ▪ Mangelnde Vorsorgebereitschaft ▪ Gescheiterte Vorsorgestrategie
Sonstige Elemente der Biografie		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verschuldung, Insolvenz ▪ Kriminalität, Sucht, Obdachlosigkeit ▪ (Selbst-)Exklusion/ Devianz, „Schicksalsschläge“ 		

Tab. 1: Risikofaktoren bei der Altersarmut. (Quelle: Präsentation Prof. Dr. Brettschneider)

Durch die Einblicke in die verschiedene Lebenswelten von armutsbetroffenen Seniorinnen und Senioren zeigt Herr Brettschneider im weiteren Verlauf seines Vortrags eindrucksvoll auf, dass Altersarmut nicht nur eine Frage vom

verfügbaren Einkommen ist, sondern auch mit den Aspekten „Alterseinsamkeit“, Teilhabe, Mobilität und Selbstbestimmung zu tun hat. Aus seiner Forschung zu Lebenswelten von durch Altersarmut geprägten Seniorinnen und Senioren stellte Herr Brettschneider einige Einzelschicksale vor (siehe folgende Zitate):

Frau A. (alleinlebend): „Ich würde mir wünschen, dass mich meine Kinder öfter besuchen. Ich würde mir wünschen, dass mal jemand mit mir spazieren geht. Einfach so im Park.“	Frau M. (wohnt in einem Altersheim): „Ich will auch mal meine Ruhe haben! Dauernd wollen die Betreuer was von mir, und wenn ich keine Lust habe, wird man schief angeguckt!“
Frau G.: „Ich muss alle 14 Tage mit dem Taxi zum Arzt fahren, anders geht es nicht. Das muss ich alles selber bezahlen...“	Frau Z.: „Ich würde gerne mal wieder meine Schwester in Hamburg besuchen, aber das geht einfach nicht mehr so...“

Handlungsempfehlungen

Im Anschluss hat Prof. Dr. Brettschneider Handlungsansätze vorgestellt, mit denen Altersarmut auf kommunaler Ebene begegnet werden kann.

Dabei sieht der Referent zunächst einmal grundlegende Stellschrauben und Ansätze:

- Politische Legitimation: Gibt es bereits ein politisch beschlossenes Ziel/Leitbild zu dem Themenfeld Alters-einsamkeit/Altersarmut? Ist dies konkret und verbindlich genug formuliert?
- Handlungsspielräume: Welche konkreten Spielräume und Stellschrauben hat die Kommune? Rechtliche Kompetenzen, finanzielle Ressourcen, Einbindung nicht-staatlicher Akteure
- Bestandsaufnahme: Welche (übergreifenden) Prozesse/Projekte laufen bereits? Welche Steuerungsgremien? Wer macht (nicht) mit?
Welche Infrastrukturen, Angebote etc. existieren bereits? Sind Akteure vernetzt und Angebote verzahnt? Wer kümmert sich darum?
- Bedarfsanalyse: Zusammensetzung, Lebenslagen und Bedarfe der aktuellen und der zukünftigen „Grundsicherungspopulation“. Hier macht Herr Brettschneider deutlich, dass in der Sozialberichterstat-tung/Sozialplanung mehr als nur die Grundsicherungsdaten analysiert werden müssen.
- Adressatenperspektive: Vom (alten) Mensch her denken!
„Was mache ich, und an wen wende ich mich, wenn [...]?“

Konkret und bezogen auf die Arbeit vor Ort sieht Herr Brettschneider vier Handlungsfelder, in denen sich jeweils einzelne Stellschrauben befinden (Abb. 1). Unter dem Themenfeld „Soziale Unterstützung“ geht es um die Frage, wie die Inanspruchnahme sozialer Leistungen erhöht werden kann. Hier sind alle Akteure auf kommunaler Seite und die Anbieterseite in der offenen Altenhilfe gefragt. Ein sensibler Umgang mit verschämter Armut ist wichtig. Beim Aspekt „Teilhabe in der Stadt“ geht es um (bezahlbare) Begegnungsorte für ältere Menschen und die Frage, welche Angebote zeitgemäß sind. Es geht hier um notwendige Modifikationen der Angebotsstrukturen für die Zukunft, um veränderten Lebensstilen und Bedarfen bzw. Potentialen gerecht zu werden. Ein wichtiges Themenfeld ist hier die interkulturelle Öffnung offener Angebote der Altenarbeit. Darüber hinaus betont Herr Brettschneider im Themenfeld „Wohnen“, dass nicht nur bezahlbarer Wohnraum, sondern auch die Förderung alternativer Wohnformen/-projekte wichtig ist. Hier ist darauf zu achten, dass diese integriert im Quartier unter Berücksichtigung der Versorgungsstruk-turen und Wegenetze zu planen sind. Im letzten Themenfeld „Soziale Kontakte statt Einsamkeit“ werden nochmals dezidiert die Herausforderungen der Alterseinsamkeit beschrieben. Herr Brettschneider erklärte hier, dass es wichtig

sei, die Angebotsstrukturen (z. B. Besuchsdienste) zu prüfen, aufsuchenden Elementen bei der offenen Altenarbeit mehr Raum zu geben und nachbarschaftliche Initiativen zu stärken.

<p style="text-align: center;">SOZIALE UNTERSTÜTZUNG</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Besserer Zugang zu Sozialleistungen und Unterstützung ▪ Sichtbarkeit, Niedrigschwelligkeit der Angebote ▪ Serviceorientierte Behörden ▪ Maßnahmen gegen „verschämte“ Altersarmut 	<p style="text-align: center;">TEILHABE IN DER STADT</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für SeniorInnen in der Stadt ▪ Vergünstigungen (Sozialpass etc.) ▪ Freizeit- und Bildungsangebote (auch für die „Alten von morgen“?) ▪ Diversität: Kulturelle Offenheit ▪ Infrastruktur
<p style="text-align: center;">WOHNEN</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Qualität von Wohnraum und Wohnumfeld ▪ Wohnprojekte/Wohnformen ▪ Wohnortnahe, integrierte Versorgungsstrukturen (Stadtteil/Quartier) 	<p style="text-align: center;">SOZIALE KONTAKTE STATT EINSAMKEIT</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahmen und Angebote gegen Einsamkeit im Alter ▪ Engagement, Nachbarschaftshilfe ▪ Besuchsdienste etc.

Abb.: Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.
(Quelle: Präsentation Prof. Dr. Brettschneider)

Nach dem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Brettschneider wurden im zweiten Teil des Workshops in Kleingruppen die Phänomene der Altersarmut in Aachen und die möglichen Handlungsoptionen diskutiert. Als Grundlage wurde die Handlungsmatrix (Abb. 1) in die Mitte der Diskussionstische gelegt. Hierbei wurden zum einen bestehende Ansätze vorgestellt und diskutiert, zum anderen aber auch neue Ideen/Maßnahmen vorgeschlagen.

Zusammenfassend ergaben sich hier folgende Punkte:

- Konzeptionierung von *stadtteilbezogenen Mobilitätsdiensten* (in Anlehnung an das Seniorentelefon in Brand, wo ein Seniorenmobil Teil des Unterstützungssystems ist), die in der Kombination von Hauptamt und Ehrenamt funktionieren und sowohl Mobilitätsangebote schaffen als auch den Einsamkeitstendenzen begegnen können.
- weitere Bewerbung der Angebote wie Seniorentelefon der Stadt Aachen. Prüfen, inwieweit mobile Sprechstunden in den Quartieren möglich sind, um mehr Menschen zu erreichen (*Dezentralität von Beratungsangeboten*).
- Zum Thema Begegnungsstätten, Seniorencafés und anderen Angeboten der offenen Altenarbeit:
 - Idee „*halbfertiger*“ *Begegnungsräume* und Angebote: Begegnungsorte (z. B. offene Treffpunkte) werden nach dieser Idee nur grob ausgestattet, die Konkretisierung der Ausstattung (z. B. Möbel, technisches Equipment) und der Angebote (Kurse, Art der Treffmöglichkeiten) wird durch die (potentiellen) Besucherinnen und Besucher selbst mitentwickelt. Dies führt zu einer stärkeren Bedarfsorientierung der Angebote und stärkt die Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer
 - *Kostenlose Aufenthaltsqualität* im öffentlichen Raum ohne Verzehrzwang: Bänke, Toiletten, überdachte Treffpunkte, Marktplätze
 - *Multifunktionalität* der Begegnungszentren erreichen, damit diese für verschiedene Gruppen interessant werden und intensiver genutzt werden können.

- Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten, Angebotsbewerbungen und Niederschwelligkeit; kultursensible und intergenerative Ansätze entwickeln, um der heterogenen Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Idee des intergenerativen Ansatzes der Mehrgenerationenhäuser aufgreifen. Bei der intergenerativen Konzeptionierung von Begegnungs- und Freizeitangeboten sollte die *Schnittmenge* das „Interesse“ sein.
- Angebote an verändernde Bedürfnisse der zukünftigen Älteren anpassen (diese erst mal ermitteln). Zudem sollte eine *bessere Zusammenarbeit* der einzelnen Akteure in den Quartieren bei der Angebotskonzeptionierung erfolgen. *Pluralität und Kooperation* bei den Angeboten sind anzustreben
- Kooperationen mit Studierenden, Vereinen und Schulen/KiTas ausbauen
- Digitalisierung als Themenfeld stärker ins Portfolio aufnehmen (intergenerative Kurse); Themenfeld „digitale Nachbarschaften“ voranbringen
- Die Bedürfnisse der älteren Migrantinnen und Migranten verstehen und in die Konzepte einbauen
- aufsuchende Formate entwickeln; z. B. Präsenz im öffentlichen Raum, um mehr Menschen zu erreichen und die Angebote bekannter zu machen (*es gibt bereits viele Angebote*)
- Unterstützung des Ehrenamts und Flexibilisierung (flexibles und stärker projektorientiertes Mitmachen sollte möglich sein für Menschen, die wenig Zeit haben)
- langfristige finanzielle Sicherung der Begegnungszentren
- Angebot von beispielbaren Räumen im Quartier für Bürgergruppen (wie im Stadtteilbüro Preuswald)
- Grundsicherung im Alter/monetäre Aspekte
 - Kampagnen für die Erhöhung der Inanspruchnahme starten (versteckte Altersarmut verkleinern)
 - Beratung und Hilfen zur Antragsstellung in den Stadtteilen (Stadtteilbüros oder Bezirksämter) anbieten
 - Fallmanagement in der Grundsicherung
 - Vergünstigungen entwickeln/ausbauen (ÖPNV)
- In den Netzwerken der einzelnen Quartiere müssen die professionellen Dienstleister der Altenhilfe und Pflege stärker mitberücksichtigt werden.
- Wohnprojekte fördern und unterstützen

Insgesamt ergab sich im Workshop „Armut im Alter: Trends, Risikofaktoren und Handlungsmöglichkeiten“ eine interessante Diskussion um ein Armutphänomen, das bereits jetzt eine große Herausforderung darstellt. Allerdings wird das Thema angesichts der Vielzahl an diskontinuierlichen Erwerbsbiografien, einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit sowie einem wachsenden Niedriglohnsektor bzw. Beschäftigungen auf geringfügiger Basis auch noch bedeutender werden. Die Risikogruppen für die Zukunft lassen sich heute gut bestimmen, weshalb der wichtigste Ansatz zur Reduzierung der zukünftigen Altersarmut, die Bekämpfung der Armut der heute jüngeren Generationen ist. Bei den betroffenen Menschen im Alter muss die Inanspruchnahme der bereitgestellten Leistungen erhöht werden. Gleichzeitig geht es bei der Altersarmut nicht nur um den Mangel an materiellen Ressourcen, sondern auch um die Sicherstellung eines selbstbestimmten Lebens und Teilhabe. Herr Prof. Dr. Brettschneider bringt es auf den Punkt: „Jeder Mensch geht sehr unterschiedlich mit seinem verfügbaren Einkommen um. Ein ausreichendes Einkommen garantiert noch keine Teilhabe und Einbindung in Netzwerke. Besondere Problemlagen liegen dort, wo monetäre Armut mit Isolation und Einsamkeit zusammenkommen.“

3. Arm trotz Arbeit: Erwerbsarmut in Aachen

Der Workshop stellte eine gemeinsam konzipierte und durchgeführte Veranstaltung der Stadt Aachen (FB56) und dem Jobcenter der StädteRegion Aachen dar. Die Organisation und Moderation übernahmen dabei **Christian Neuß (Jobcenter StädteRegion Aachen)** und **Iris Kreutzer (Stadt Aachen)**. Den Impulsvortrag hielt **Dr. Helge Baumann (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf)**. An der anschließenden Interviewrunde nahmen **Stefan Graaf (Jobcenter StädteRegion Aachen)**, **Ralf Woelk (DGB-Region NRW Süd-West)**, **Dr. Helge Baumann** und **Araz Hamo (Gast des Jobcenters, Arbeitnehmer und „Aufstocker“ in Vollzeitbeschäftigung)** teil.

Zu den Zielgruppen des Workshops gehörten Akteure des regionalen Arbeitsmarktes, u.a. Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger sowie Träger der freien Wohlfahrtspflege, Beratungseinrichtungen, Vertreter der Politik, ehrenamtlich aktive und interessierte Menschen in der Stadt und StädteRegion Aachen.

Der Workshop wurde eröffnet mit einem Ausschnitt aus der ZDF-Sendung Frontal21 zum Thema „– Aufstocken mit Hartz IV“, gefolgt von Dr. Baumanns Impulsvortrag: „Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut“⁷.

Die anschließende Diskussionsrunde der Arbeitsmarktakteure fokussierte praktische Ansätze vor Ort und war insbesondere von Fragen und Beiträgen aus dem Publikum geprägt.



Zentrale Herausforderungen

In Deutschland herrscht nahezu Vollbeschäftigung, die Arbeitslosenzahlen sind so gering wie noch nie. Dabei ist allerdings eine steigende Erwerbsarmut trotz Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Zwischen 2004-2014 hat sich die Zahl der armen Erwerbstätigen verdoppelt. Im europäischen Vergleich weist Deutschland diesbezüglich die stärkste Steigung auf. Gleichzeitig ist die Beschäftigungsrate mit am stärksten gestiegen! Mehr Arbeit ist somit keine Garantie für weniger Erwerbsarmut. Auffallend ist vor allem der starke Anstieg atypischer Beschäftigungen wie Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung mit Niedriglöhnen. In diesen Niedriglohnbranchen arbeiten oftmals sogenannte „Aufstocker“ – nahezu die Hälfte aller „Aufstocker“ ist in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Dementsprechend erhalten rund 1,16 Millionen Menschen ergänzende staatliche Unterstützungsleistungen zusätzlich zur beruflichen Tätigkeit. Darüber hinaus ist laut DGB die Anstellung als „Minijober“ (ca. 7,5 Millionen in Deutschland) häufig eine Form der Unterwanderung des Mindestlohns.

⁷ Die Vorträge sind unter den folgenden Links abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W3_Praesentation-2_Moderationsteam.pdf

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W3_Praesentation-1_Helge-Baumann.pdf

Weiterhin gilt: Jeder dritte deutsche Arbeitslose ist langzeitarbeitslos. Aktuell bilden 8.800 Personen in der StädteRegion eine Sockelarbeitslosigkeit im SGB II. Die Gruppe der Langezeitarbeitslosen weist zunehmend eine Konzentration von sogenannten Problemgruppen auf (z. B. hoher Anteil geringqualifizierter Menschen). Feststellbar ist: je geringer das Bildungsniveau, desto höher ist das Risiko für (Erwerbs-) Armut. Darüber hinaus fördern ein hohes Mietpreisniveau in der Region und steigende Mietkosten das Armutsrisiko.

Aus dieser Problem- und Risikolage ergeben sich folgende Fragestellungen:

- Können höhere Transferleistungen (höhere Hartz-IV Regelsätze) Erwerbsarmut reduzieren?
- Was können wir in Aachen tun, um „Aufstocker“ zu unterstützen?
- Was kann eine Sozialplanung tun? (Sozialentwicklung mit Fokus Menschen im Quartier)
- Welchen Einfluss hat die Arbeits- und Sozialpolitik auf Erwerbsarmut?
- Können aktive Arbeitsmarktpolitik und auskömmliche Transferleistungen das Risiko von Erwerbsarmut verringern?
- Ist ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ein gutes Mittel, um Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren?
- Was unternimmt das Jobcenter der StädteRegion, um über Qualifizierungen eine nachhaltigere Erwerbsperspektive zu erreichen und damit Erwerbsarmut zu vermeiden?
- Führen höhere Löhne für alle wirklich zur Beseitigung von Armut?

Zentrale Thesen

Trotz steigender Beschäftigungszahlen existiert ein hoher Anteil an „Aufstockern“: Arbeit ist also keine Garantie dafür, nicht als armutsgefährdet zu gelten. Der Niedriglohn ist dabei eine der häufigsten Ursachen für Erwerbsarmut. Die Personengruppe, die in diesem Sektor tätig ist, ist einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Personen oberhalb der Niedriglohnschwelle.

Es sind die Maßnahmen erfolgreich, die sich vorrangig auf die Vermittlung von am Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen ausrichten. Ansätze sind praxisorientierte und arbeitsmarktnahe Fortbildungen, eine bessere Betreuungsrelation durch das Jobcenter und ggf. Mobilitätshilfen. Auch ganzheitliche, lebensbegleitende Ansätze können eine qualifizierte Arbeitsaufnahme maßgeblich fördern und so Armut entgegenwirken. Ebenso fördern eine Gewährleistung von Gestaltungsspielräumen vor Ort und eine Kontinuität arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eine nachhaltigere Arbeitsmarktintegration. Hingegen forciert die Abkehr der Unternehmen von vereinbarten Tarifbindungen Niedriglohnjobs.

Das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland ist gerade für Familien am unteren Ende der Einkommensskala nur bedingt leistungsgerecht. Steuern können als möglicher Armutsfaktor gelten.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Die von Dr. Baumann vorgestellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Kombination aus investiver, aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik in Form von auskömmlichen Lohnersatz- und Transferleistungen der beste Weg ist, um Erwerbsarmut zu bekämpfen.

In den Diskussionen ergaben sich Vorschläge, die an den Bund und die an die Stadt und Kommune adressierbar sind.

Vorschläge an den Bund:

- Stärkung der Tarifbindungen
- Höhere Mittelbereitstellung für sozialen Wohnungsbau
- Aufeinander abgestimmtes System von Steuern, Sozialabgaben und Transfers, damit sich Erwerbsarbeit auszahlt
- Mehr Mittel und Gestaltungsräume für aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort
- Gewährleistung von Kontinuität in der Arbeitsmarktpolitik

Vorschläge für Stadt und Kommune (insbesondere zu den Themenfeldern Soziale Teilhabe und sozialer Wohnungsbau)

- Entwicklung von Strategien und Lösungsansätzen zu folgenden Fragestellungen:
 - Wie können wir soziale Teilhabe leben lassen?
 - Ganzheitliche Denkansätze fokussieren (einbinden von Teilhabechancengesetz und dem Themenfeld Wohnen)
 - Wie können wir Arbeit für Menschen zu organisieren, die SGBII-Empfänger sind?
 - Wann, wenn nicht jetzt, können wir es schaffen, langzeitarbeitslose Menschen zu vermitteln?
 - Wie schaffen wir es, dass Arbeitgeber sich sozial mehr engagieren und auch neu denken? (z. B. Outsourcing auf kommunaler Ebene)
 - Förderung von Inklusionsfirmen als gesellschaftlicher Mehrwert für alle
 - Wie können wir preiswerten bezahlbaren Wohnraum schaffen?
- Netzwerkarbeit vorantreiben
- Kreativität und Mut sowohl von regionalen Akteuren als auch auf Quartiersebene einfordern

Kernthema „Bildung, Arbeit, Qualifizierung und Teilhabe“

4. Jugendpartizipation vor Ort – Haltung, Handlung und Herausforderungen

Geleitet wurde der Workshop von **Theresa Linkhorst (VHS Aachen)** sowie **Ines Alberding** und **Conny Schmetz** (beide im Bildungsbüro der StädteRegion Aachen). Zu Beginn lieferte **Christian Brüninghoff (Landesjugendring NRW)** mit einem Impulsvortrag zur Frage „Wie sollte der Idealfall von Jugendpartizipation aussehen?“ den Input zum Workshop. Anschließend veranschaulichten Ines Alberding und Conny Schmetz die Arbeit der „Koordinationsstelle Jugendpartizipation“⁸. Außerdem waren Jugendliche von „Demokratie Leben“ vor Ort, um ihr Jugendforum vorzustellen.

Die Koordinationsstelle Jugendpartizipation ist angesiedelt im Bildungsbüro der StädteRegion Aachen (Abbildung unten). Hier arbeiten unter anderem zwei Freiwillige im „Sozialen Jahr Politik“. Die Koordinationsstelle wird von Jugendlichen geleitet. Sie organisieren Veranstaltungen und Formate „von Jugendlichen für Jugendliche“, bei denen junge Menschen mit Politik und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zusammen kommen. Ihre Schwerpunktthemen sind Demokratie und Beteiligung. Hier arbeiten sie zusammen mit den Schülervertretungen (der Schulen) und der Bezirksschülervertretung der StädteRegion.

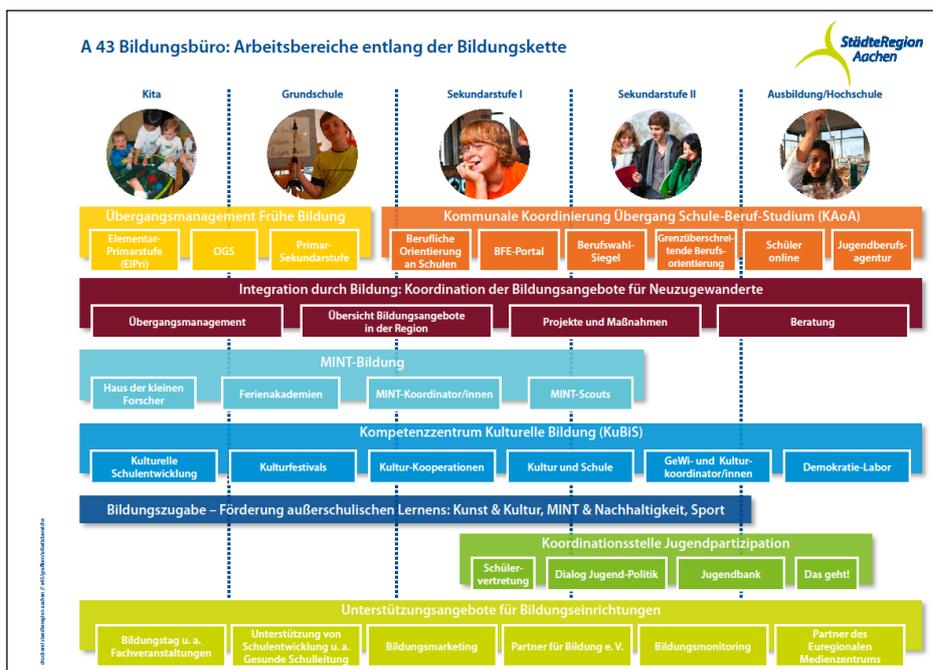


Abb.: Struktur des Bildungsbüros (StädteRegion Aachen)

Durch drei Leitfragen wurde in die Workshop-Diskussion übergeleitet:

1. Welche Erfahrungen haben Sie im Bereich Jugendpartizipation gemacht? (positiv und negativ)
2. Was sollte aus dem Idealfall von Jugendpartizipation für Aachen mitgenommen werden?
3. Was kann/sollte die Stadt/StädteRegion Aachen tun, um Jugendpartizipation zu fördern?

⁸ Die Vorträge sind unter den folgenden Links abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W4_Praesentation-2_Moderationsteam.pdf

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W4_Praesentation-1_Christian-Brueninghoff.pdf

Zentrale Herausforderungen

In der Diskussion der Leitfragen ergaben sich folgende Herausforderungen: Insbesondere für Jugendliche ist es schwer nachzuvollziehen, wie langwierig Prozesse in der Verwaltung andauern können. Das kann bei den Jugendlichen zu Frustration führen. Zudem wurden neben einem Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen, gerade im Bereich der offenen Türen, Parallelstrukturen der Mitbestimmung als zentrale Probleme benannt.



Zentrale Thesen

Um Partizipation auch im Alltag konkret leben zu können, sollen die Bildungsinstanzen ab der KiTa demokratisiert und die Bedürfnisse und Interessen von Kindern ernst genommen werden. Ebenfalls sind Kinderrechte zu stärken. Zum Erhalt und zur Steigerung der Motivation von Kindern und Jugendlichen bedarf es zudem einer Nachvollziehbarkeit bürokratischer und transparenter Prozesse, auf der Partizipation beruhender Rückkopplungseffekt, die die Partizipierenden wahrnehmen können. Hierbei ist vor allem wichtig, dass der Dialog mit den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe geführt wird.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Um zu gewährleisten, dass die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden, sollten diese in gemeinsame Planungsprozesse und in alle Bereiche gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse eingebunden werden. Hier ist nicht nur die Stärkung der Schulsozialarbeit und Kinder- und Jugendparlamente wesentlich, sondern auch generationsübergreifende Projekte (bspw. in Mehrgenerationenhäusern oder in Form von Teilmitgliedschaften von Kindern in Vereinen). Zur Förderung partizipativer Strukturen in Bildungseinrichtungen sollten diese regelmäßig einer Qualitätskontrolle unterzogen werden, bei der auch Kinder und Jugendliche befragt werden. Dabei sind unbedingt altersgerechte Fragebögen zu verwenden.

Zudem muss für partizipative Projekte eine langfristige Finanzierung sichergestellt werden, was insbesondere für Tage der offenen Türen gilt. Nur auf diesem Wege kann eine Kontinuität der Partizipation erreicht werden. Des Wei-

teren sind langwierige Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, denn gerade hier ist es wichtig, dass den Jugendlichen erklärt wird, weshalb diese Prozesse länger andauern.

Die Koordinationsstelle Jugendpartizipation organisiert derzeit in Kooperation mit der Bürgerstiftung Lebensraum Aachen ein politisches Planspiel zum Thema „Europa ein Zuhause geben“, bei dem die Jugendlichen in die Rollen von EU-Politikerinnen und EU-Politikern schlüpfen und Anträge beraten. Der Tag endet in einer Diskussion mit „echten“ EU-Abgeordneten.

Des Weiteren organisiert und verwaltet die Koordinationsstelle die „Jugendbank“. Hier können Jugendliche bis zu 400€ für ihre Projektideen beantragen. Das Projekt muss dabei von Jugendlichen für Jugendliche sein und die politische, soziale oder kulturelle Bildung fördern. Weitere Infos befinden sich unter www.dasgeht.de/jugendbank.

5. Lebenslanges Lernen: Niederschwellige Erwachsenenbildung als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe

Der Workshop wurde von **Dr. Beate Blüggel** und **Wibke Eilts** (beide **VHS Aachen**) moderiert. Den einleitenden Impuls lieferte **Kai Sterzenbach** (**Lernende Region – Netzwerk Köln e. V.**) mit einem Vortrag, der den Titel des Workshops trug⁹.

Der anschließende Teil wurde durch die „Fish-Bowl“-Methode strukturiert, die einen Austausch und Diskussion über vier Themenpunkte ermöglichte:

- Niederschwellige Erwachsenenbildung verhungert im Niemandsland zwischen „Querschnittsaufgabe“ und „Zuständigkeiten“
- Die Transfer-Brücke zwischen Projekten und Regelangeboten wird immer schmaler
- Kann man Kinderarmut bekämpfen, ohne gleichzeitig in Grundbildung Erwachsener zu investieren?
- Gute Netzwerkarbeit bindet zu viele Ressourcen, um als Kaffeekränzchen zu enden.



Zentrale Herausforderungen

Unter der Annahme, dass Bildung bei immer kürzerer Halbwertszeit des Wissens nicht nur für die „Vermarktung“ in der Arbeitswelt, sondern auch für die Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Prozessen und zunehmend zur Bewältigung des Alltags wichtig ist, wurde über die Gefahr gesprochen, dass wachsende Teile der Bevölkerung abgehängt werden. Genannt wurden in diesem Zusammenhang die wachsenden Zahlen von jungen Menschen, die die Regelschulen ohne Abschluss verlassen, und die hohe Zahl an funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten.

Eine grundlegende Herausforderung besteht darin, Lernräume mit barrierefreiem und angstfreiem Zugang zu schaffen. Erstrebenswert sind dabei dezentrale, wohnortnahe Angebote.

In den neuen digitalen Lernformen sahen die Teilnehmenden die Möglichkeit einer größeren Erreichbarkeit. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass digitale Technologien nicht automatisch barrierefrei seien und beispielsweise ältere, nicht medienaffine Menschen ausschließen. Sie könnten jedoch eine gute Möglichkeit darstellen, junge Menschen mit neuen Formaten anzusprechen („Gamification“). Digitales Lernen könne jedoch „Face-to-face-Formate“ lediglich ergänzen, nicht ersetzen, da Lernen in der Regel durch Begegnung und Beziehung bestimmt werde.

⁹ Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W5_Praesentation-1_Kai-Sterzenbach.pdf

Auf der politischen Ebene und im Bereich der Förderstrukturen wurden knappe finanzielle Ressourcen bemängelt und diskutiert, wie in Anbetracht fehlender Gelder dennoch Lernprojekte zielführend gesteuert werden können. Das Verhältnis der Anbieter untereinander ist gekennzeichnet durch eine Mischung aus Kooperation bei den Angeboten und Konkurrenz um Fördermittel.

Zentrale Thesen

Hinsichtlich der genannten Herausforderungen wurde die Forderung aufgestellt, „sich zu vernetzen, ohne sich zu verstricken“. Angesichts einer Vielzahl von Fördertöpfen und einer großen Heterogenität hinsichtlich der Zielgruppen besteht die größte Herausforderung darin, die Ressourcenknappheit und die Bürokratie der Projektmittelvergabe zu meistern und spezifische Angebote für Menschen zu gestalten, die den etablierten mit Bildungseinrichtungen keine guten Erfahrungen gemacht haben und entsprechend schwierig zu erreichen sind.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Zur Verbesserung der Erreichbarkeit schwierig zugänglicher Zielgruppen wurde die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit gemeinwohlorientierten Einrichtungen (z. B. AWO, Caritas, Sozialwerk Aachener Christen) genannt. Um die Reichweite der Lernangebote zu erhöhen, sollten Angebote der Erwachsenenbildung dezentral in den Quartieren vorgehalten werden. Dies würde das Lernen innerhalb der Lebenswelt der Adressierten ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurden niedrigschwellige Angebote wie Elterncafés genannt. Hier kommen freiwillig Eltern zusammen mit der Motivation, das Lernen ihrer Kinder zu fördern. Es entsteht ein geschützter Raum, in dem sie über die ursprüngliche Motivation hinaus vertrauensvoll auch die eigenen (Lern-) Bedarfe erkennen, artikulieren und stillen können.

Die Angebote sollten zudem, wo möglich, zielgruppenspezifischer beworben werden (bspw. In „Älter werden in Aachen“).

6. Teilhabe und Digitalisierung: Chancen und Grenzen der neuen Welt

Geleitet wurde der Workshop von **Sybill Keupen (Bleiberger Fabrik)** und **Martin Stankewitz (Bischöfliche Akademie Aachen)**. **Joachim Sucker (Agentur allesauszucker, Innovationsbegleitung in der digitalisierten Gesellschaft)** lieferte den Impulsvortrag, mit dem der Workshop begann¹⁰.

Thematisch gliederte sich der Impuls in die Themenfelder:

- Der rote Faden der Digitalisierung (Stichwort: Es gibt keine harmlosen Daten)
- Technik verstehen am Beispiel Staumelder, Gesundheitsdaten und Gesichtserkennung
- Anwendungsbereiche (Smarthome, Banking, digitale Navigation und Mobilität und Krebserkennung)
- Arbeit ist digital und digitale Massenkommunikation (Fakenews, politische Manipulation und Social Media).

Im Anschluss wurden drei Kleingruppen gebildet zu den Fragen: „Was würden sie sich wünschen, wenn das Thema „Teilhabe und Digitalisierung“ in Aachen eine Rolle spielen würde? und „Was braucht es zur Umsetzung?“. Die Ergebnisse wurden auf Karten gesammelt, priorisiert und für die Gesamtgruppe visualisiert.



Zentrale Herausforderungen

Zentraler Diskussionspunkt war, dass eine kommunale, digitale Strategie, wie sie derzeit bei der Stadt Aachen umgesetzt wird, sozial begleitet werden muss, um die Aspekte der Teilhabe verstärkt in die Planungen mit einzubeziehen. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen dazu gehört und befragt werden. Es könnten zum Beispiel Familienlabore (Diskussionsforen mit Eltern und Kindern) eingerichtet werden, in denen sich alle Generationen einbringen können. Zurzeit werden Strategien fast ausschließlich auf der Verwaltungsebene entwickelt, hier fehlt die Erdung an die Konsumentinnen und Konsumenten sowie Endverbraucherinnen und Endverbraucher.

In diesem Prozess wird eine fachliche Begleitung durch die soziologische Fakultät der RWTH gewünscht, um die gesellschaftliche Dimension der Digitalisierung zu beleuchten und in die Planungen einzubringen, um die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen abzusichern. Demokratiebildung ist hier ebenfalls ein wichtiger Aspekt, da zurzeit die digitalen Medien vorwiegend durch privatwirtschaftliche Interessen gesteuert werden. Es fehlt hier an einer demokratisch legitimierten steuernden Kraft ähnlich dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die politisch agiert und regulierend eingreift. Dies gilt besonders für den Bereich der Aufbereitung persönlicher Daten zu Marketingzwecken, die zurzeit ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschieht. Gedacht wird in diesem Zusammenhang an Coaches, die die Komplexität des Themas verbraucherinnen- und verbrauchergerecht aufarbeiten und kommunizieren.

¹⁰ Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

https://prezi.com/7s7jqoclxxhad/digitale-teilhabe/?utm_campaign=share&utm_medium=copy

Es darf nicht sein, dass einige gesellschaftliche Gruppen aus dem Gestaltungsprozess ausgeschlossen werden. Lösungen hierzu können auf Quartiersebene gefunden werden, um unmittelbare Zugänge der demokratischen Bildung und Teilhabe zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ist die Medienbildung ein wichtiger Beitrag zur Teilhabe – hier geht es um die Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung der Menschen für die Gefahren und Potentiale der Digitalisierung, um einen verantwortlichen Umgang zu stärken.

Digitale Medien und Programme können helfen, neue gesellschaftliche Trends zu unterfüttern und zu stärken, wie beim „sharing economy Konzept“. Hier heißt es: „Teilen ist das neue Haben“. Im Netz können in diesem Zusammenhang Marktplätze geschaffen werden, die diesem gesellschaftlichen Wirtschaftsmodell zur Umsetzung verhelfen und Menschen verbinden.

Zentrale Thesen

1. Schaffung einer flächendeckenden Infrastruktur im Bereich der Netzabdeckung und Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit WLAN und entsprechender Hardware für den Kursbetrieb.
2. Einrichtung von dritten Orten (www.dritte-orte.de, www.dokk1.dk) als analoge Begegnungsräume für Menschen, unabhängig von Trägerinteressen, als Ort der sozialen Begegnung, bürgerschaftlichem Engagement und Teilhabe. Diese Orte sollen ästhetisch ansprechend gestaltet sein, um den Menschen eine hohe Aufenthaltsqualität zu bieten, die sie mit ihren Themen und Interessen füllen. Hier soll digitales und analoges Leben einen gleichberechtigten Ort finden.
3. Medienbildung für alle Altersgruppen zur Stärkung der verantwortlichen Teilhabe an digitalen Prozessen.
4. Es sollen intelligente digitale Mobilitätslösungen gefunden werden, die Menschen verbinden und nachhaltig die Herausforderungen des städtischen Verkehrs und die Energiefrage lösen.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Die Einrichtung eines lokalen Netzwerkes zur Umsetzung der Idee eines „Dritten Ortes“ in der Städteregion ist voranzutreiben. Hier sollen Stadtplanung und Verwaltung mit den freien und kommunalen Bildungsträgern zusammenarbeiten, um neue Lösungen zu entwickeln und gemeinsam im Sinne der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Beispiele hierfür können jenseits der Grenze in den Niederlanden (www.bibliotheekkerkrade.nl) gefunden werden. Weiterhin gibt es Modellprojekte in den nordischen Ländern, wie das dokk1 in Aarhus oder die „Deichmanske Bibliotek“ in Oslo.

Eine landesweite Ausstattungsoffensive der Bildungseinrichtungen analog zu den Schulen in den Bereichen Hardware und Medienbildung ist anzuvisieren.

Kernthema „Wohnraum für alle“

7. Wohnraum für alle? Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Handlungsinstrumente

Der Workshop wurde von **Christoph Kemperdick (Fachbereichsleiter Immobilienmanagement)** und **Dana Duikers (Abteilungsleiterin Planung, Fachbereich, Wohnen, Soziales und Integration)** moderiert. Nach einer kurzen Einführung in die aktuelle Wohnungsmarktsituation und den Zusammenhang zwischen Flächenknappheit, Anspannung des Wohnungsmarktes und Segregations- und Gentrifizierungseffekten in Aachen durch Dana Duikers, ging Herr **Prof. Dr. Rolf Heyer (WirtschaftsEntwicklungsGesellschaft Bochum)** mit seinem Vortrag „Bezahlbarer Wohnraum durch kommunale Baulandstrategien“¹¹ vertieft auf die enge Abhängigkeit der Wohnraumversorgung mit der „Flächenfrage“ und die Chance der Steuerung über eine aktive, bedarfsorientierte Baulandbereitstellung ein. Anhand der formulierten Leitfragen diskutierte danach das Podium der Aachener Wohnungsmarktexterten (**Prof. Manfred Sicking, Beigeordneter, Rolf Frankenberger, Fachbereichsleiter Wohnen, Soziales und Integration, Heike Ohlmann, Abteilungsleiterin im Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen, Thomas Hübner, Geschäftsführer Gewoge AG**) die Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wohnraumstrategien und der einzelnen wohnungspolitischen Instrumente. Dabei war das Plenum eingeladen, über zwei freie Plätze im Podium Fragen und Diskussionsbeiträge spontan einzubringen und auf Thesen zu reagieren.



Zentrale Herausforderungen

Die Entwicklung Aachens ist, wie bei vielen vergleichbaren Hochschulstädten, in den letzten Jahren durch einen kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet. Zum Wintersemester 2017/18 studierten mehr als 57.000

¹¹ Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/2018-09-07---Vortrag-Dransfeld---Baulandstrategien.pdf

Personen an den Aachener Hochschulen. Damit stieg die Studierendenzahl in den letzten 10 Jahren um mehr als 20.000 Personen an. Gleichzeitig stieg die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren um mehr als 6.000 Personen an. Aufgrund dieses anhaltenden Zuspruchs fehlen nach aktuellen Prognosen im Stadtgebiet Aachen bereits gegenwärtig ca. 4.500 Wohneinheiten, bis 2035 werden mehr als 10.000 neue Wohneinheiten benötigt. Gleichzeitig gibt es keine Flächenpotenziale mehr, auf denen in entsprechendem Umfang Wohnraum realisiert werden kann. Folge ist eine spürbare Anspannung des Wohnungsmarktes und zunehmende Verdrängungseffekte in das Umland. Auch im öffentlich geförderten Wohnungsmarktsegment gibt es massive Unterkapazitäten. Bereits jetzt kann nicht einmal mehr jedem dritten Wohnungssuchendem eine öffentlich-geförderte Wohnung angeboten werden. Es ist zu erwarten, dass die Lage sich noch verschärft, wenn in den nächsten zehn Jahren fast 5.000 Wohneinheiten aus der Bindung fallen. Insbesondere für Familien und Geringverdiener sowie für marginalisierte Gruppen (Alleinerziehende, Geflüchtete aber auch ehemalige Straffällige, Obdachlose, Suchtkranke), die ohnehin Schwierigkeiten haben, Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt zu finden, wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum in Aachen zu finden.

Zentrale Thesen

Es herrschte zwischen allen Diskussionsteilnehmern Einigkeit, dass die Schaffung eines bedarfsgerechten, bezahlbaren Wohnraumangebots, gesamtstädtisches Ziel ist. Gleichzeitig wurde deutlich, dass dieses Ziel aufgrund der Komplexität der Wechselwirkungsprozesse und der hohen Abhängigkeit von Privateigentümern sowie Investoren und Projektentwicklern, wenn überhaupt, nur im engen Schulterschluss aller Wohnungsmarktakteure in Aachen realisiert werden kann. Zur Verständigung auf allgemeine Ziele und Lösungsansätze sowie zur Diskussion der Herausforderungen wurden 2017/18 ein verwaltungsinterner „Strategiezirkel Wohnen“ eingerichtet sowie die Diskussion mit der privaten Wohnungswirtschaft sowie den Verbänden der Mieterinteressen in einem „Runden Tisch der Wohnungsmarktakteure“ aufgenommen. Nun gilt es, den Dialog zu intensivieren und zu einer Gesamtstrategie „Wohnen“ zusammen zu führen. Ansatzpunkte die sich dazu aus der Sozialkonferenz ergeben haben, sind nachfolgend benannt.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Folgende Einflussmöglichkeiten der Kommune wurden im Rahmen der Diskussion im Workshop zur Verbesserung der Wohnraumsituation benannt:

- Steuerung der kommunalen Bodenpolitik, Grundstücksvergabe bevorzugt an Projekte mit Mehrwert für das Gemeinwohl und für das Quartier sowie an Genossenschaften
- Vergabe städtischer Grundstücke im Erbbaurecht
- Entwicklung von Flächen für kleinere und mittlere Wohnbauprojekte (z. B. 8 Wohneinheiten)
- Neue und intensivere Eigentümeransprache zur Akquise und Entwicklung von Wohnbauflächen
- Entwicklung städtebaulicher und vergaberechtlicher Modellprojekte zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums
- Steuerung über das Bebauungsplanverfahren, bevorzugte Aufstellung von Bebauungsplänen für nachhaltige, gemeinwohlorientierte Projekte
- Transparente Projektentwicklung und Bürgerbeteiligung zur Schaffung bürgerschaftlicher Akzeptanz und zum Abbau der Nimby-Mentalität (Not in my Backyard)
- Nachhaltige Stadtplanung, die Nutzungskombinationen vorsieht (z. B. Wohnraum und KiTa) und spätere Umnutzungen (z. B. PflEGewohnen) erleichtert

- Nachverdichtungen im „Hinterland“ von Einfamilienhausgrundstücken
- Errichtung von Tiny Houses als kurzfristige Wohnraumlösung für dringende Bedarfe/marginalisierte Gruppen
- Ausschöpfung der Möglichkeiten des Baurechts bzgl. Ausbau im Bestand und temporärer Nutzung
- Erlass von Milieuschutzsatzungen
- Bekämpfung von Leerstand und Wohnraumentfremdung, Zwangsmaßnahmen gegen strategischen Leerstand, Erlass einer Wohnraumschutzverordnung
- Verbesserungen und Ausbau im Wohnungsbestand
- Aufbau von Immobilitätsprogrammen (Senioren und Familien), Förderung von „strategisch wichtigen“ Umzügen
- Quersubventionierung einzelner Bauvorhaben (hochpreisiger und preisgedämpfter Wohnraum)
- Verlängerung der Bindungsfristen für öffentlich-geförderten Wohnraum
- Förderung einer sozialen Wohnraumversorgung für marginalisierte Bevölkerungsgruppen (betreutes Wohnen und Notschlafstellen)
- Änderung der Förderbestimmungen des Landes, damit auch in einer Gemeinschaft von Kleininvestoren neue Projekte im öffentlich geförderten Bereich realisiert werden können
- Anpassung der anerkennungsfähigen Kosten der Unterkunft an die Werte der Wohnraumförderung
- Stärkung der Wohnungsbaugesellschaft Gewoge
- Städtereionale Wohnraumperspektive, z. B. Werkwohnungen im Umland, Verbesserung der Nahverkehrsanbindung
- Eindeutiger politischer Wille zur Realisation von Projekten und Strategien, Durchsetzung gegenüber artikulationsstarken Einzelinteressen

Abschließend wiesen die Moderatoren daraufhin, dass die Anregungen aus dem Workshop in den bestehenden Gremien „Strategiezyklus Wohnen“ und „Runder Tisch der Wohnungsmarktakteure“ diskutiert werden und entschieden wird, welche Themen kurzfristig umgesetzt und welche Instrumente als Bausteine in die Fortschreibung der integrierten Wohnraumstrategie „Handlungskonzept Wohnen“ einfließen werden. Insgesamt herrschte Einigkeit, dass es sich bei der Wohnraumfrage als „Sozialer Frage“ um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt, bei der ein überparteilicher Konsens anzustreben ist.

8. Innovative Wohnformen: Nische oder Motor der Quartiersentwicklung?

In dem Workshop, der von **Claudia Bosseler** und **Angelika Hildersperger (beide Stadt Aachen)** vorbereitet und moderiert wurde, ging es um innovative bzw. gemeinschaftliche Wohnformen, bei denen sich Menschen bewusst für ein gemeinschaftliches Leben unabhängig von familiären Bezügen in einem selbstorganisierten, langfristigem Wohnprojekt entscheiden. Fachlichen Input aus der Wissenschaft brachte **Ricarda Pätzold (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin)** mit einem Vortrag ein, in dem sie Zusammenhänge und Hintergründe erläuterte und Beispiele von Projekten aus anderen Städten präsentierte¹².

Zielsetzung des Workshops war den Status Quo zum Thema innovative bzw. gemeinschaftliche Wohnformen in Aachen aufzuzeigen und durch vorbildliche Beispiele und Strategien aus anderen Städten neue Entwicklungsmöglichkeiten anzustoßen.

Bei einer ersten Einordnung, aus welchen Bereichen die Workshop-Teilnehmer kommen, wurde deutlich, dass dies unterschiedlichste Bereiche von Wohlfahrtseinrichtungen, Verwaltung, Politik bis hin zu Bewohnern oder Interessierte an Wohnprojekten sind. Dies zeigt die Vielschichtigkeit innovativer Wohnformen.



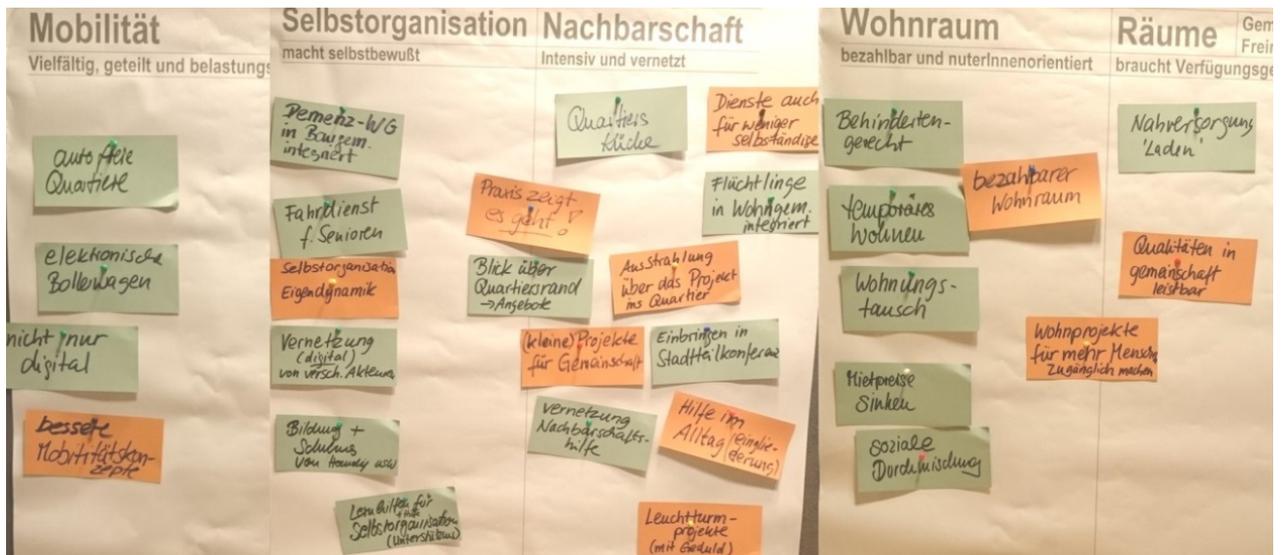
Zum Einstieg in den Workshop wurde anhand einer fiktiven Minigeschichte ein Wohnprojekt der Zukunft vorgestellt, das durch einen innovativen Ansatz viele Probleme des aktuellen Wohnens lösen könnte. Im Anschluss sollten die Teilnehmer unvoreingenommen in einem Brainstorming über ihre Idealvision und -ideen eines fiktiven Wohnprojektes nachdenken. Festgehalten wurden diese auf Karten, die themenbezogen an Pinnwänden gesammelt wurden. Ergebnis war eine erste Sammlung von Themen und Ideen, die innovative Wohnformen für das Quartier interessant machen. Es wurde deutlich, dass innovativen, gemeinschaftlichen Wohnformen eine Vielzahl von Lösungen für ein nachbarschaftlich unterstützendes Wohnen zugetraut wird.

Im Vortrag von Frau Ricarda Pätzold wurde durch Beispiele und Strategien von Projekte in anderen Städten die Wirkung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten ins Quartier bestätigt, gleichzeitig aber auch ein kritischer Blick auf mögliche Hindernisse geworfen.

Im Anschluss daran wurden mit allen Teilnehmern Potentiale und Grenzen von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Entwicklungen neuer Ansätze für Aachen im Hinblick auf Ziele und Umsetzung diskutiert. Hier wurde der Mehrwert innovativer Wohnprojekte klar erkannt, aber auch die Komplexität des Themas (Wohnungsmarkt, Planungsprozesse, Bezahlbarkeit,...) deutlich. Die Frage kam auf, ob hier nicht mehr professionelle, fachliche Unterstützung trotz „bottom-up Kultur“ notwendig ist. Abschließendes Fazit war: innovative, gemeinschaftliche Wohnprojekte „groß zu denken“, damit sie wirkungsvoller sein können. Gleichzeitig sollte der „Trainingszustand“ der beteiligten Akteure beachtet und dementsprechend die Intensität der Begleitung der Projektprozesse angepasst werden.

¹² Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W8_Praesentation-1_Paetzold.pdf.



Zentrale Herausforderungen

In Aachen – so die Erkenntnis – sind zwar Bau- und Wohnprojekte vorhanden, aber oftmals sind sie zu klein und kommen daher über ein Nischendasein nicht hinaus, sodass sie nur schwer ins Quartier hineinwirken können. Die Größe der bestehenden Projekte hat sicher auch mit der „Leistbarkeit“ des Engagements zu tun. Hier kam die Frage auf, wer bei größeren Projekten dieses Engagements für das Projekt – vom Planungsprozess bis zur Umsetzung und im Betrieb – stemmen kann. Allein privates, ehrenamtliches Engagement reicht gerade für größere Projekte nicht mehr aus. Baugemeinschaften sind ohne professionelle Unterstützung oft überfordert. Auch aufgrund der Komplexität der Projektentwicklung ist professionelle, fachliche Unterstützung notwendig, um aus dem Nischendasein heraus zu kommen und die Tragweite und Größe der Projekte weiterzuentwickeln. Dann können gemeinschaftliche Wohnprojekte als Motor für Quartiere wirken. Es wurde die Idee vorgetragen, dass eine breitere Akteurschicht aus Interessierten, aber auch Fachleute qualifiziert werden müsste, so dass sich eine Szene entwickelt, die diese Entwicklung in Aachen weitertragen kann.



Wohlfahrtsverbände fühlen sich bei dem Thema nicht gut und frühzeitig eingebunden. Sie können sich mehr Engagement vorstellen, vermissen allerdings Netzwerke und frühzeitigen Austausch.

In Aachen ist der interessierte Personenkreis überwiegend im Alter von 50+ anzutreffen. Gemeinschaftliche Wohnformen können aber auch einen großen Mehrwert für Familien haben. Mit zunehmender Größe und Professionalisierung der Prozesse kann das Thema „gemeinschaftlich Wohnen“ zunehmend für Familien interessant werden, denen der zeitliche Aufwand aktuell noch zu hoch ist.

Hinsichtlich der (bau-) rechtlichen Grundlagen und bestehenden Planungsprozesse besteht ein Mangel an Flexibilität in Verwaltung und Politik sowie ein Traditionalismus, der innovativen Projektideen (bspw. bezüglich Mobilitätskonzepten) oftmals im Wege steht.

Zentrale Thesen

Grundsätzlich werden Potentiale und vielfältige Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Wohnformen und ihres Innovationscharakters erkannt. Es müssen allerdings größere Experimentierfelder geschaffen werden – innovative Ideen brauchen Pilotstatus. Dazu muss auch in der Umsetzung von Standards abgewichen werden und das experimentieren ermöglicht werden.

Wohnprojekte sind im größeren Maßstab zu denken, um mehr urbane Qualitäten zu schaffen. So kann aus dem Nischendasein (der bisher kleinen Projekte) ein Motor im Quartier werden, wenn das Wohnprojekt mit entsprechender Größe (z. B. 100 - 200 Wohnungen) einen qualifizierten, professionellen Mehrwert für das Quartier bringt. In solchen Dimensionen gibt es zudem mehr Abnehmerinnen und Arbeitnehmer für die angebotenen Dienste im Projekt. Gleichzeitig erfordert es mehr professionelle Steuerung (z. B. erfahrene Genossenschaft oder Dachgenossenschaft). Auch eine Kombination bzw. Nutzungsmischung aus Wohnen, Arbeiten und Kultur soll in den Projekten möglich sein, da dies der besondere Mehrwert für das Quartier ist.

Positive Effekte der Planungsprozesse, der gemeinschaftlichen Unterstützung und der Selbstbestimmung können zudem, wenn sie sich bewährt haben, in den konventionellen Wohnungsbau übertragen werden.

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Grundlegend ist der Mehrwert von innovativen, gemeinschaftlichen Wohnformen anerkannt. Die Wirkung ins Quartier ist abhängig von der Projektgröße und Professionalität der Gruppe. Es entstand die Idee, Wohnprojekte im größeren Maßstab als bisher in Aachen zu denken (s.o.), um den Quartiersansatz zu verstärken und dabei insbesondere eine Nutzungsmischung, sprich eine Kombinationen von Wohnen, Arbeiten und Kultur zu berücksichtigen und damit die Gemeinnützigkeit zu stärken. Hierzu bedarf es mehr fachlicher Unterstützung in Form von Beratung und Begleitung im Prozess. Für innovative Ideen in Pilotprojekten sollen Experimentierfelder durch Ausnahmeregelungen ermöglicht und ein Schutzraum für Bottom-up Projekte zum Ausprobieren und gegenseitigen Austausch geschaffen werden. Bestehende Aachener Projekte sollten Werbung für gemeinschaftliche Wohnformen machen, um das Thema in der Öffentlichkeit zu platzieren und Begeisterung zu wecken. Vielfältige Arten und Konstellationen von Wohnprojekten können so aufgezeigt werden (z. B. auch von Bauträgern und Sozialträgern). Gleichzeitig kann auch aus negativen Erfahrungen gelernt werden.

Zudem ist eine breitere Akteursschicht zu qualifizieren: neben interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern sollen auch weitere Prozessinvolverte (z. B. Architekten und Projektmanager) geschult werden, um eine Professionalisierung des Prozesses zu ermöglichen. Es bedarf an lokal spezialisierten Beratern und Planern, die eine Art „Szene“ entwickeln.

Wohlfahrtsverbände für Dienstleistungen und evtl. Zielgruppen können frühzeitiger im Quartier eingebunden werden. Beispiele größeren Maßstabs aus München und Zürich und anderen Städten zeigen hier bestehende Potentiale in Hinblick auf die Wirkung ins Quartier auf. Allerdings bekommen diese Projekte auch in der Anfangsphase mehr professionelle Unterstützung z. B. in strategischer Ausrichtung und Organisation der Projektstruktur (Prinz Eugen Quartier, München).

Kernthema „Demographischer Wandel: älter, bunter und weniger?!“

9. Sozialräumliche Perspektive auf die Altenarbeit: Gut und gerne älter werden im Quartier

Moderiert wurde der Workshop von **Marion Bergk (Quartier 55 plus am Westpark)** und **Marianne Kuckelkorn (AWO)**. Die Einführung „Demografischer Wandel am Beispiel von Frau Blume“ fand als Demonstration mit Systembrett statt (Frage: Wie entwickeln sich soziale Netzwerke mit zunehmendem Alter?); Am Beispiel einer fiktiven Person – Frau Blume – wurden Szenarien der sozialen Netzwerkentwicklung im Alter beschrieben). Anschließend wurde ein World Café mit drei Runden abgehalten:

- Runde 1: Was braucht Frau Blume, um weiter selbstständig in ihrem Quartier wohnen/leben zu können?
- Runde 2: Wie viel exklusiven Blick auf „die Alten“ braucht es, um ein Viertel lebenswert für ältere Menschen zu gestalten?
- Runde 3: Was wird/soll/kann/muss sich in der Altenarbeit ändern?

Abschließend wurden die Ergebnisse präsentiert.



Zentrale Herausforderungen

Viele kleinere Herausforderungen bündeln sich um ein zentrales Problem: Soziale Netzwerke älterer und alter Menschen werden im Laufe der Jahre kleiner und brüchiger. Vereinsamung und Isolation nehmen daher ständig zu. Zudem werden Ältere als Problemfall an sich definiert und auf diesem Wege stigmatisiert. Psychologisch betrachtet erhöht dies das Gefühl bei älteren Menschen, sozial isoliert zu sein.

Zentrale Thesen

Es bedarf Strukturen, die der Vereinsamung entgegenwirken. Dafür sind Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, die Teilhabe ermöglichen. Auch die Nachbarschaft soll sensibilisiert werden. Der Stigmatisierung entlang der Unterscheidung alt/jung ist entgegenzuwirken. Der Begriff des Alters ist zu überdenken: Statt das Alter auf die biologische Lebenszeit zu beziehen, ist es sozial bestimmt zu verstehen: Gegenwärtig gibt es viele unterschiedliche Lebensentwürfe, sodass nicht mehr (wie in den Jahrzehnten zuvor) für alle Menschen zugleich feststeht, in welchem Abschnitt sie sich befinden. Bestimmte Bedürfnisse treten somit nicht zwingend in einem bestimmten Alter auf, sondern variieren mit sozialen Bedingungen und den Lebensphase, in der sich ein Mensch befindet.

Eine Einbindung kann auch über die lebenslange Nutzung und Einforderung der individuellen altersspezifischen Kompetenzen erfolgen: Alle Menschen brauchen das Gefühl, gebraucht zu werden und etwas wert zu sein, einen Beitrag leisten zu können. Hier ist statt einer defizitorientierten eine ressourcenorientierten Sicht aufs Alter notwendig – wobei das Einfordern von dem Moderationsteam als schwierig eingeschätzt wird. Zugleich ist zu beachten, dass alte Menschen ebenso ein Recht darauf besitzen, ihre Ruhe haben zu wollen.



Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Präventive Seniorenarbeit darf nicht länger eine freiwillige Leistung sein, sondern muss in eine Pflichtleistung, die Kommune, Land und Bund gemeinsam tragen, definiert werden – nur so kann die Nachhaltigkeit der Anstrengungen gewährleistet werden. Bedingungen sind zu schaffen, damit ältere Menschen im Quartier gut und gern älter werden können. Zu diesen Bedingungen zählen u.a. barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum oder auch Grundstücke für alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser. Zudem sind momentane Orte der Begegnung zu verstetigen, indem die Miete dafür getragen wird. Eine hauptamtliche Koordination der Altenarbeit ist zu finanzieren. In Quartieren ist für das Thema Alter die Sensibilisierung voranzutreiben. Bedenkenswert ist, ob die KathO Aachen nicht sogar einen Schwerpunkt oder Studiengang zur Altenarbeit einrichten kann.

Hinsichtlich der Angebotsstruktur ist zu beachten, keine altersspezifischen, sondern interessensspezifische Angebote zu schaffen. Der Vorteil davon ist, dass so generationsübergreifende Angebote entstehen können und Menschen anders miteinander in Kontakt kommen. Es gibt dann keine Einteilung mehr in „Die Alten“, „Die Jungen“, sondern die Interessen sind das verbindende Element. Stigmatisierung von alten Menschen und auch möglicherweise einem Konkurrenzdenken zwischen den Generationen wird so entgegengewirkt. Hier soll ein inklusiver Blick bei Planungen im Vordergrund stehen, der ebenfalls andere Gruppen berücksichtigt. Einrichtungsübergreifend können Angebote auch vernetzt (bereitgestellt) werden.

10. Soziale Durchmischung: Erfolgsgarant für eine soziale Quartiersentwicklung?

Der Workshop wurde von **Dr. Markus Baum**, **Lena Hackenbruch** und **Sophia Marquardt** (alle drei **Stadt Aachen**) moderiert. Zu Beginn gaben **Dr. Stefanie Föbker** und **Daniela Imani** (**Geographisches Institut, Universität Bonn**) einen Input zum Thema „Soziale Durchmischung: Erfolgsgarant für eine soziale Quartiersentwicklung?“ in Form eines Vortrags¹³.

Anschließend folgte eine Diskussion zu den unterschiedlichen Facetten und Aspekten des Themas der sozialen Mischung, in deren Rahmen die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, in der Perspektive vorgegebener Rollen zu sprechen, um auf diesem Wege verschiedene, von der sozialen Stellung abhängige Herausforderungen sichtbar zu machen.



Zentrale Herausforderungen

Grundlegend bestand die Herausforderung darin, sich darüber zu verständigen, was überhaupt unter Mischung zu verstehen ist und auf welche Aspekte (Ethnie, sozialer oder ökonomischer Status oder Generation?) oder Bereiche (Haus, Viertel, Stadt?) sie zielt. Auch hinsichtlich der Qualität der Kontakte, die mit Mischung einhergehen (häufig und intensiv oder selten und locker?) bestand keine Einigkeit. Zudem wurde gefragt, welche Aspekte einer gelungenen Quartiersentwicklung neben sozialer Durchmischung ebenfalls wichtig sind und ob soziale Durchmischung immer wünschenswert ist. Schließlich ist es nicht unüblich, dass nur bestimmte Gruppen von Menschen mit der Forderung, sich zu mischen, adressiert werden – was ein Hinweis auf einseitige Forderungen und asymmetrische Beziehungsstrukturen ist.

In der Diskussion konkreter Herausforderungen wurde zumeist der Fokus auf die Versuche der Aufnahme und Pflege sozialer Kontakte gelegt. Das lässt die Annahme plausibel erscheinen, dass soziale Durchmischung implizit mit intensiveren Sozialkontakten in Beziehung gesetzt wird. Hinsichtlich der selbst erlebten alltäglichen Herausforderungen diesbezüglich wurde der Umstand als Problem benannt, dass oftmals die eigenen Erwartungshaltung nicht mit

¹³ Der Vortrag ist unter dem folgenden Link abrufbar:

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialkonferenzen/sozialraumkonferenz_3_2018/W10_Praesentation-1_Foebker_Imani.pdf

denen der Institutionen korrespondieren, die von Zugezogenen aufgesucht werden, um sich mit angestammten Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers zu mischen. So wurde das Aufsuchen der Kirche nicht zum erhofften Einstieg in die Gemeinschaft, sondern blieb ein auf die Anwesenheit beim Gottesdienst beschränkter Ausflug. Auch der Besuch beim Tanzverein war von Enttäuschung geprägt, da die allein erscheinenden, kontaktsuchenden Menschen darauf hingewiesen wurden, dass es sich um Partner-Tanzveranstaltungen handelt. Kinderlose (Paare) sehen sich oftmals mit dem Problem konfrontiert, dass die meisten sozialen Kontakte, die der sozialen Durchmischung dienen, in Schulen und Kindergärten sowie in Vereinen der Kinder geschlossen werden. Ebenfalls erschwert der Prozess gesellschaftlicher Differenzierung gelingende Kontaktpflege durch die mit diesem Prozess einhergehende Pluralisierung von Lebensstilen.

Zentrale Thesen

Obwohl Meinungen divergieren, ob Durchmischung ein durchweg sinnvolles Ziel darstellt, kann (so die Haltung der Teilnehmenden) Mischung nicht aktiv gesteuert werden – und sollte es auch nicht: Es gibt keinen Zwang zu Kontakten, wobei auch hier wieder der zumeist implizit vorausgesetzte Bezug von sozialer Durchmischung und Kontakt explizit formuliert wurde. Dennoch sollten Möglichkeiten geboten werden, Kontakte zu knüpfen, wenn gewünscht. Jedoch können bestimmte Bedingungen der Möglichkeit gelingender Durchmischung mit qualitativ hochwertigen Sozialkontakten grob benannt werden:

- Dauerhafte Rahmenbedingungen des Kontakts. „Begegnung muss gestaltet und begleitet werden.“ (siehe Erkenntnisse/Ansätze...-> Einflussmöglichkeiten von Land/...)
- Moderation von Quartiersprozessen
- Kleinräumigere Perspektive: Wohnblocks statt Quartier
- (Lebensstile der aktiven Beteiligung – nur bedingt beeinflussbar)

Erkenntnisse/Ansätze/Projektideen/Projektverweise zu einzelnen Unterthemen

Folgende Einflussmöglichkeiten von Stadt und Kommune, aber auch von Vereinen und Verbänden, Träger-Institutionen auf die Rahmenbedingung sozialer Durchmischung lassen sich im Anschluss an den Workshop benennen:

- das Einnehmen der Quartiersperspektive
- ein dauerhaftes Quartiersmanagement dort, wo es notwendig ist
- Sozialstaatlicher Fürsorge nachkommen
- baulich/räumliche Begleitung des Quartiers (Barrierefreie öffentliche Plätze usw.)
- Einbindung der Schulen in die Quartiersentwicklung
- aktivierende Institutionen/auf Dauer bzw. Turnus gestellte Praktiken (Quartiersgrillen etc.)

Mit Blick auf die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten lässt sich folgern, dass es einer integrierten planerischen Perspektive und einer kooperativen Praxis aller Beteiligten – trotz und entgegen gewachsener separierender Strukturen und Kategorien der Abwicklung von Fällen, Klienten, Anträgen usw. – bedarf. Ein sukzessiver Wandel bei der Entwicklung, Pflege oder beim Ausbau der Rahmenbedingungen sozialer Durchmischung muss begleitet werden von einem Wandel der „Mikropolitik“, sprich der Einstellungen und Handlungsmotivationen bei den jeweiligen Akteuren, die sich dem Thema der sozialen Durchmischung kooperativer annehmen wollen.

VI. Ausblick

In den zahlreichen Workshops rund um das Thema „Sozialentwicklung“ ist sehr deutlich geworden, dass die soziale Stadtentwicklung ein äußerst dynamischer Prozess ist, in dem die einzelnen Akteure immer wieder neu auf äußere Faktoren und Rahmenbedingungen reagieren müssen. Zudem existiert keines der diskutierten Handlungsfelder separat und losgelöst von den anderen. Nur durch eine integrierte Betrachtung der gesellschaftlichen Prozesse und Herausforderungen lassen sich nachhaltige und breite Erfolge erzielen. Wohnen, Arbeitsmarkt, Bildung, soziale Unterstützung und Integration sind Themen, die im konkreten Raum und mit Bezug zu konkreten Lebenswelten miteinander verwoben sind.

Nach den intensiven Diskussionen und dem interdisziplinären Austausch im Rahmen der Sozialkonferenz geht es nun um die Verwertung der zahlreichen Beiträge. Die Ergebnisse der Konferenz sind vielseitig. Zum einen wurden zu bestimmten Themen aktuelle Trends und Zusammenhänge erarbeitet, d.h. diskutiert, was sich derzeit in verschiedenen Themenfeldern verändert, wie zukünftig agiert und reagiert werden sollte und wer die zentralen Akteure hierbei sind. Zudem ist die Konferenz als Steinbruch für neue Ideen, Ansätze und konkrete Maßnahmen zu sehen, auch wenn sie nicht explizit als „Maßnahmenfabrik“ konzipiert war. Im Tagungsband sind die wichtigsten Erkenntnisse und Hinweise dokumentiert und damit der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.

Darüber hinaus trug die Konferenz einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung sehr unterschiedlicher Fachplanungen bei. Akteure des Sozialmanagements kamen z. B. mit Stadtplanerinnen und Stadtplanern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Wohnungswirtschaft zusammen. Außerdem hat die verstärkte Einbindung wissenschaftlicher Institute „neuen Wind“ in die Diskussionen gebracht und eine Perspektive von außen ergänzt.

Es stellt sich nun die Frage, welche Nachhaltigkeit die Sozialkonferenz haben kann. Hier sind verschiedene Aspekte zu beachten. Zunächst einmal konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Workshops Impulse für ihre Tätigkeit in Planung und Praxis sammeln. Dies geschieht auf einer individuellen Ebene. Darüber hinaus wird es darum gehen, die Ergebnisse (z. B. in Form des Tagungsbandes) einer breiteren Fachöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, z. B. indem sie einzelnen Fach-Netzwerken zu Verfügung gestellt werden. Allen voran werden die Ergebnisse im Vorbereitungsgremium zur Konferenz (Sozial-Plattform) diskutiert werden.

Ganz grundsätzlich stellt die Sozialkonferenz auch den Startschuss für den neuen Sozialentwicklungsplan dar, der nun erarbeitet wird. Die Ergebnisse der Konferenz zeigen deutlich, welche besonderen Schwerpunkte in der Sozialberichterstattung gesetzt werden müssen und wo es sich lohnt, genauer hinzuschauen. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass das Thema „Armut“ viel differenzierter beleuchtet werden muss, um die genaue Situation in Aachen verstehen zu können.

Insgesamt hat die Sozialkonferenz in ihrer neuen Konzeptionierung als Austauschforum und Querdenker-Pool deutlich gezeigt, dass die soziale Stadtentwicklung gemeinsam von allen Akteuren gestaltet werden muss. Dies kann nur gelingen, wenn es immer wieder Berührungsmomente zwischen verschiedenen Fachplanungen und zwischen Praxis, Planung und Wissenschaft gibt.

Abschließend gilt ein besonderer Dank dem Moderator Prof. Dr. Frieters-Reermann, den zehn Moderationsteams und allen Referentinnen und Referenten, die allesamt mit ihren (fachlichen) Impulsen maßgeblich zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben.

Notizen